

UNSERE SCHULEN

**Ein Ort an  
dem man  
gerne bleibt?**

MATROSENAUFSTAND

**Revolution  
in Kiel**

INTERVIEW

**Was ist  
los in der  
Pflege?**

DIE SOZIALE FRAGE DIESES JAHRHUNDERTS

**Wo können wir noch  
günstig wohnen?**





## Liebe Leserinnen und Leser,

**21 Abgeordnete gehören zur SPD Landtagsfraktion. Gemeinsam vertreten sie im Kieler Landeshaus Ihre Interessen. Unsere Fraktion ist vielfältig wie das Land: jüngere und ältere Abgeordnete, Frauen und Männer, Menschen mit den unterschiedlichsten beruflichen Hintergründen. Wir möchten Sie mit diesem Magazin einladen, uns kennenzulernen.**

Seit der Landtagswahl 2017 ist die SPD in der Opposition. Damit hat sich unsere Rolle geändert. Unsere Ziele allerdings nicht. Was wir vor der Wahl gesagt haben, das gilt auch noch jetzt. Nach wie vor kämpfen wir zum Beispiel für gute und gebührenfreie Kitas, für bezahlbares Wohnen, menschenwürdige Pflege und die beste Bildung! Einige unserer Themen und Ideen möchten wir Ihnen in diesem Magazin näher vorstellen.

Vielleicht bekommen Sie nach der Lektüre Lust, uns auch persönlich einmal kennenzulernen. [Kommen Sie gerne zu einer Veranstaltung der SPD Landtagsfraktion. Oder begleiten Sie einmal als Kurzzeit-Praktikant einen unserer Abgeordneten im Landeshaus.](#) Wir würden uns freuen!

Ihr  
Ralf Stegner



## Lust auf Leistung statt Angst vor Repression

Ein Interview mit Martin Habersaat über die Schulen in unserem Land **SEITE 22**

*„Man muss die Pflegekräfte so arbeiten lassen, wie sie es gelernt haben und wie ihre Profession es vorsieht. Sie sollen wieder ihren eigenen moralischen Ansprüchen gerecht werden können.“*

**Was ist los in der Pflege?** **SEITE 18**

## Im echten Norden ist das Glück zu Hause!

**Lyrik und Zahlen** zum glücklichsten Bundesland in Deutschland **SEITE 8**



# Gute Arbeit für Europa

Es ist Zeit für eine sozialere Europäische Union.  
**SEITE 12**

*„Der Markt alleine regelt es nicht.“*

Warum **bezahlbarer Wohnraum** eine der größten Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit ist, und was wir gegen steigende Mieten tun können.  
**SEITE 4**

## Wir haben Kitas gebaut, jetzt müssen die Beiträge fallen!

Ein Interview mit Serpil Midyatli über Beitragsfreiheit in Kitas **SEITE 43**

## RentnerInnen müssen eine Steuererklärung abgeben. Warum eigentlich?

**Es ginge auch anders!** **SEITE 40**

## Matjes nach Hausfrauenart (am liebsten mit Bratkartoffeln)

**Heide Simonis empfiehlt** **SEITE 42**

## Die Fraktion *im Porträt*

**Alle Kontaktdaten** unserer Abgeordneten finden Sie gesammelt in einer Übersicht auf den letzten Seiten dieses Magazins.

Wolfgang Baasch	<b>SEITE 6</b>	Tobias von Pein	<b>SEITE 25</b>
Dr. Kai Dolgner	<b>SEITE 7</b>	Regina Poersch	<b>SEITE 26</b>
Dr. Heiner Dunkel	<b>SEITE 10</b>	Beate Raudies	<b>SEITE 27</b>
Kirsten Eickhoff-Weber	<b>SEITE 11</b>	Sandra Redmann	<b>SEITE 32</b>
Martin Habersaat	<b>SEITE 14</b>	Thomas Rother	<b>SEITE 33</b>
Bernd Heinemann	<b>SEITE 15</b>	Dr. Ralf Stegner	<b>SEITE 34</b>
Birgit Herdejürgen	<b>SEITE 16</b>	Özlem Ünsal	<b>SEITE 35</b>
Thomas Hölck	<b>SEITE 17</b>	Kai Vogel	<b>SEITE 38</b>
Kerstin Metzner	<b>SEITE 20</b>	Kathrin Wagner-Bockey	<b>SEITE 39</b>
Serpil Midyatli	<b>SEITE 21</b>	Stefan Weber	<b>SEITE 41</b>
Birte Pauls	<b>SEITE 24</b>		





# Bezahlbares Wohnen bleibt eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit!

VON ÖZLEM ÜNSAL

**Wohnen ist ein Grundrecht. Ein solches Recht muss unseren Bürgerinnen und Bürgern garantiert werden. Die Realität zeigt jedoch, dass bezahlbarer Wohnraum immer knapper wird. Der Druck wächst inzwischen bis in die Mitte unserer Gesellschaft.**

Die Gründe sind vielfältig. Familien, Rentner, Studenten und Alleinerziehende, aber auch Menschen, die ihren Wohnort aufgrund eines Jobwechsels ändern müssen, gehören zu den Leidtragenden dieses Missstandes. Wohnen wird damit zur zentralen Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit. Die Lage spitzt sich in vielen Regionen Deutschlands zu, vor allem in Ballungszentren ist bezahlbarer Wohnraum knappes Gut.

Für uns steht fest: Es braucht einen handlungsfähigen Staat, der den steigenden Mieten und dem daraus resultierenden Wohnungsmangel entgegenwirken kann. Mietwucher muss gestoppt und bezahlbarer Wohnraum zügiger realisiert werden. Der heutigen Wohnungsknappheit und Mietpreisentwicklung lässt sich durch konsequente kommunale Investitionen und die wirkungsvolle Nutzung der Instrumente der öffentlichen Wohnungsbauförderung entgegenwirken. Hierbei sind auch kluge Kooperationen mit Partnern aus der Wohnungswirtschaft ein wichtiger Bestandteil. Das gilt verstärkt für Mietwohnungen, aber auch für den Erwerb von Eigentum als Altersvorsorge. Die Bundesregierung hat jüngst am 21. September 2018 im Rahmen eines

Wohn Gipfels mit den Ländern, den kommunalen Spitzenvertretern sowie den Verbänden der Miet-, Bau- und Wohnungswirtschaft in Berlin getagt und erste Ziele verkündet. Mehr sozialer Wohnungsbau, mehr Mietrecht und mehr Bauland sind wichtige Ergebnisse. Denn allen Beteiligten ist inzwischen klar, um die Versäumnisse der vergangenen Jahre beim Wohnungsbau aufzuarbeiten.

Einige unserer schleswig-holsteinischen Forderungen und Initiativen, wie mehr sozialer Wohnungsbau, mehr Mieterschutz, Erleichterungen in der Liegenschaftspolitik zugunsten unserer Kommunen oder das Bestellerprinzip auch beim Eigentum einzuführen, finden sich dort wieder. Zu den Umsetzungen, die die Bundesregierung angeht, gehören auch das Baukindergeld und steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für den Neubau. Auch eine Änderung des Grundgesetzes ist vorgesehen, um den sozialen Wohnungsbau fortzusetzen.

All das sind gute erste Schritte, um das Problem anzugehen. Aber sie werden nicht ausreichen, um alle Engpässe zu überwinden. Diese bestehen weiterhin in zu wenig Baulandreserve, in alten Bebauungsplänen oder im Fachkräftemangel. Auch die Bauindustrie ist massiv gefordert. Nur ein größeres Angebot auf dem Wohnungsmarkt und ein ganzheitlicher Blick auf Wohnungsbau und Quartiersentwicklung werden die Problematik auf Dauer nachhaltig beseitigen können.

„Wohnraum stapeln oder Lebensraum gestalten?“ Unter diesem provokanten Motto haben wir als SPD-Landtagsfraktion am 25. September 2018 zu unserer Auftaktreihe ins Kieler Landeshaus eingeladen, um mit Experten aus unterschiedlichsten Fach- und Politikbereichen Entwicklungen zu diskutieren und an Lösungen für Schleswig-Holstein zu arbeiten. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf dem städtischen Wohnen, insbesondere dem sozialen Wohnungsbau. Unsere Fachexperten stellten in ihren Vorträgen verschiedene Perspektiven und erste Diskussionsgrundlagen vor.

Was können das Land Schleswig-Holstein und seine Kommunen tun, um der steigenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum gerecht zu werden? Manchmal hilft ein Blick über den Teller rand hinaus. Dies machte uns Prof. Dr. Kunibert Wachten, Leiter des Instituts für Städtebau und Landesplanung an der RWTH Universität Aachen in seinem Impulsvortrag über „leistbares Wohnen“ am Beispiel der Stadt Wien deutlich. Sein Beitrag ermöglichte zugleich einen Rückblick auf unsere diesjährige Fraktionsreise, die einen intensiven Einblick und Erfahrungsaustausch in die Wohnungspolitik vor Ort beinhaltete.

Guter Wohnungsbau gilt in Wien seit jeher als „Qualitätsmarke“, mit der offensiv für die Attraktivität der Stadt nach außen geworben wird. Wien besitzt eine fast hundertjährige Tradition im Gemeindeförderungsbau. Legendar sind die großen

## Steigende Mieten belasten insbesondere Menschen mit niedrigen Einkommen

Christian Dustmann, Bernd Fitzenberger und Markus Zimmermann haben für die Humboldt-Universität zu Berlin erforscht, wie sich Mietpreise auf die Ungleichheit in Deutschland auswirken. Sie kommen zu dem Schluss, dass die steigenden Mieten seit 1993 dramatisch zur Ungleichheit in Deutschland beitragen. Während Menschen mit niedrigen Einkommen teilweise über 30 Prozent mehr für ihre Miete ausgeben müssen, gingen die Ausgaben für das Wohnen bei Menschen mit hohem Einkommen sogar zurück.

Quelle: Housing Expenditures and Income Inequality, 2018



Siedlungen wie beispielsweise der Karl-Marx-Hof aus der Zeit des „Roten Wien“ in den 1920er Jahren. Trotz dieser guten Ausgangslage hat die Stadt Wien 1995 beschlossen, die Qualität des geförderten Wohnbaus noch weiter zu steigern. Dafür steht die „Qualitätsoffensive im Wiener Wohnbau“. Und jüngst hat die Stadt Wien eine internationale Bauausstellung ausgerufen: Neues soziales Wohnen. Wachten nennt das Prinzip: „Weniger vom Individuellen, mehr für die Gemeinschaft.“

Im Anschluss an den Vortrag von Prof. Dr. Wachten folgte ein Blick auf die Stadt Kiel. Auch wenn die Stadt Kiel mit anderen Bedingungen zu tun hat als die Stadt Wien, beispielsweise der abnehmenden Anzahl Wohnungen mit sozialen Zweckbindungen, gibt es dennoch Ansätze, den sozialen Wohnungsbau in der Landeshauptstadt auszugestalten. Mit dem ‚Masterplan Wohnen‘ soll 30 Prozent der Wohneinheiten als sozialer Wohnraum geschaffen werden. Des Weiteren weist der Wohnbauflächenatlas für den Wohnungsbau geeignete Flächen aus. Die Stärkung des kommunalen Wohnungsbaus steht ebenfalls im Mittelpunkt der Wohnraumpolitik der Stadt Kiel. Ein Beschluss zur Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft wurde jüngst erfolgreich gefasst.

Unsere Veranstaltung wurde durch ein interaktives Diskussionsforum abgerundet. Fragen zu Themen wie kommunale Wohnungsbaugesellschaften, die Rolle von Kleingärten sowie zu Konzepten für die ländlichen Räume standen neben vielen weiteren im Mittelpunkt.

**Unser Fazit der Veranstaltung: Wir sind als SPD auf dem richtigen Kurs. Der Bund muss dringend seine Hausaufgaben machen! Jetzt ist es an der Zeit, dass auch die schleswig-holsteinische Jamaika-Koalition die Dringlichkeit des Themas und ihre Verantwortung erkennt und in den Zielen nicht mehr deutlich hinter denen von Bund und Kommunen zurückfällt. Die Fördermöglichkeiten müssen jetzt im Interesse der Betroffenen genutzt und deutlich mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Der Markt alleine regelt es nämlich nicht!**



**Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.**  
– *Willy Brandt*



Die Hansestadt Lübeck, die Stadt von Thomas Mann, Willy Brandt und Erich Mühsam, von Holstentor und Hochschulen, der historischen Altstadt und Marzipan, sowie einer vielfältigen Kultur.

#### WOLFGANG BAASCH

**Soziale Gerechtigkeit ist das Leitprinzip meines politischen Handelns. Ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit, die allen Menschen Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht, ist mein wichtigstes politisches Ziel. So gilt es unter anderem, die soziale Absicherung von Kindern zu verbessern. Dafür ist die Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung dringend notwendig.**

Solidarität bedeutet, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Wir müssen den Kampf gegen Armut intensivieren. Das bedeutet, Regelsätze anzupassen, die Grundsicherungsleistungen zu stärken sowie den Mindestlohn anzuheben. Gleicher Lohn für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit ist längst überfällig. Eine verstärkte Finanzierung und mehr Personal für die Förderung der Arbeitsmarktintegration benachteiligter Menschen ist dringend notwendig. Dazu bedarf es eines wirksamen öffent-

lichen Arbeitsmarktes, um Qualifizierung und Arbeit zu organisieren, damit zum Beispiel langzeitarbeitslose Menschen neue Chancen erhalten. Das Pflegesystem muss verstärkt gefördert werden, um der demographischen Entwicklung gerecht zu werden und dem Pflegenotstand entgegenzuwirken. Dazu gehört auch, die Bedingungen für die in der Pflege beschäftigten Menschen nachhaltig zu verbessern.

Auch junge Familien brauchen besondere Unterstützung. Das kann gelingen durch Entlastung bei den Gebühren für Kinderbetreuung, verstärkte Beratung und Unterstützung in Familienzentren und den Einsatz für eine kinderfreundliche Gesellschaft. Der Weg in Richtung beitragsfreie Kita muss weiterhin konsequent verfolgt werden, damit sie in Schleswig-Holstein Realität wird. Wir brauchen leistungsfähige öffentliche Dienstleistungen – dazu gehören mehr Krippen- und Kitaplätze und eine bessere Ausstattung unserer Schulen.



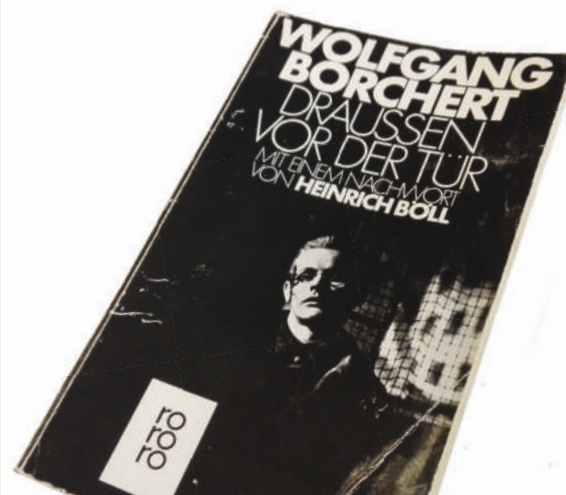
**Wir Abgeordneten haben die Aufgabe, uns mit den realen Zukunftsfragen zu befassen und dabei sachorientiert nach Lösungen für Probleme zu suchen.**

– KAI DOLGNER



Mit 12 Jahren habe ich das Buch „Draußen vor der Tür“ von Wolfgang Borchert bei meiner Großmutter, einer alleinerziehenden Textilarbeiterin, gefunden. Das kurze Drama um einen jungen Kriegsheimkehrer, der keinen Platz mehr in der Gesellschaft findet, über Schuld, Verantwortung und Verdrängung sowie das tragische Schicksal des Autors haben mich tief bewegt. Das Werk führte mich zu vielen Fragen an die Älteren über den Zweiten Weltkrieg und dessen gesellschaftlicher Verdrängung in der Nachkriegszeit.

Es kam damals zu einem Konflikt mit meinem Deutschlehrer, ob das auswendig gelernte Gedicht „Wenn ihr nicht nein sagt“ von Borchert die schulische Anforderung an „deutsche Dichtkunst“ erfülle oder nicht. „Draußen vor der Tür“ steht deshalb sicher am Anfang meines Strebens, das Vorgefundene nicht einfach kommentar- und tatenlos hinzunehmen.



Mein Name ist Kai Dolgner. Als Abgeordneter vertrete ich die Städte Rendsburg und Büdelsdorf sowie die umliegenden Gemeinden. Ich bin Mitglied im Innen- und Rechtsausschuss des Landtags und Vorsitzender der Arbeitskreise Innen, Wohnungsbau, Kommunales und Recht.

Geboren wurde ich 1969 in Lübeck. Während meiner Kindheit und Jugend habe ich in Büdelsdorf gelebt. Nach meinem Abitur am Rendsburger Gymnasium Kronwerk und zwei Jahren bei der Bundeswehr widmete ich mich meiner Leidenschaft neben der Politik: der Chemie. 1997 habe ich mein Chemiestudium an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel abgeschlossen. Daraufhin arbeitete ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kiel. In meiner Doktorarbeit habe ich mich mit Nanoteilchen befasst. Ab 2003 habe ich das Centrum für Materialanalytik in Kiel geleitet. Zudem war ich ab 2008 Mitglied im Personalrat der Universität Kiel. Ab 2009 war ich zusätzlich Leiter des Servicezentrums Lehre der Technischen Fakultät, bevor ich in den Landtag eingezogen bin.

Heute lebe ich mit meiner Ehefrau und meinen beiden Kindern in Osterrönnfeld. Nachdem ich 1992 in die SPD eintrat, begann ich mich bei den Jusos zu engagieren, zunächst als Sprecher der Rends-

burger Jusos, später auch als Juso-Kreisvorsitzender in Rendsburg-Eckernförde. In der Kreispolitik wurde ich ebenfalls schnell aktiv. Seit 1994 bin ich Mitglied im Kreistag von Rendsburg-Eckernförde. 2008 wurde ich Fraktionsvorsitzender. Dieses Amt fülle ich bis heute aus. Im Jahr 2009 zog ich erstmals in den Schleswig-Holsteinischen Landtag ein.

Die Grundlage meines politischen Handelns ist die Überzeugung, dass es nicht die eine einfache Wahrheit gibt, die sich aus Religion oder Philosophie ableiten ließe und unabhängig von der konkreten Fragestellung Gültigkeit hat. Jeder muss immer wieder prüfen, ob seine Vorstellungen im Wettbewerb der politischen Ideen wirklich die beste Lösung sind. Natürlich entscheidet am Ende die Mehrheit, denn sonst würde die Minderheit entscheiden. Das hätte mit Demokratie nichts zu tun. Wer in der Mehrheit ist, sollte trotzdem immer wieder überprüfen, ob die eigene Lösung wirklich die beste ist. Wer in der Minderheit ist, sollte seine Vorstellung nicht der bestehenden Mehrheitsmeinung anpassen, wenn er diese für falsch hält, sondern versuchen, eine Mehrheit für die Vorstellungen zu erringen, die er selbst für richtig hält.



# Der echte Norden

VON BJÖRN HÖGSDAL

Unser Motto geht seit Neuestem so: „Wir sind der echte Norden!“  
Manchem Bürgermeister anderswo ist da fast schlecht geworden:  
„So was geht gar nicht!“, und wir sollen uns schämen!  
Doch kam das nur aus Süddeutschland, also Hannover und Bremen.

Niemand sagt, hier sei man besser oder schlechter,  
doch geographisch ist der Norden bei uns einfach etwas echter.  
Was den echten Norden ausmacht, hier im Jetzt und Heute  
Sind der Wind, sind die Wellen, sind das Land und seine Leute.

Was uns verbindet? Das sind Vielfalt, flaches Land und steife Brisen,  
weiche Hügel, weiße Strände, Roter Klinker, grüne Wiesen,  
Echter Norden, das heißt Grünkohl, das heißt Raps und Roggen,  
und wenn wir ehrlich sind, heißt es auch nicht so richtig häufig trocken,

Aber wen stört das, man ist hier nicht aus Kandis,  
und so vieles mehr trägt bei zur Seele dieses Landes:  
Der Humor, wie guter Wein, das heißt ordentlich trocken,  
im Gegensatz zum Wetter, doch das kann uns nicht schocken.

Stürmt das Meer auf in Flocken – holen wir Badesachen!  
Und ja wir haben Humor, selbst unsere Möwen können lachen.  
Auch verbinden uns die Lage, Ziele und die Interessen,  
und mal ehrlich, bitte wer kann sich mit solcher Vielfalt messen?

Mit baltischer und Nordsee, Plöner See und der Schlei,  
dem Nordostseekanal und der Eider dabei,  
ist der Norden hier zwar echter, doch auch nasser.  
Jede Gegend dieser Welt kann „was“, wir können Wasser.

Wir sind die Stille am Meer, sind das Open Air in Wacken,  
wir sind sehr fürs Anpacken und für nicht lange schnacken.  
Wir haben so viel zu bieten, zwischen Marsch, Geest und Hügelland,  
zum Beispiel Labskaus und Sprotten - und das Bier mit ´nem Bügel dran.

Wir sind der Speckgürtel um Hamburg, wir sind Fehmarn, Sylt und Watt.  
Wir sind lever dood as slaav, wir sind Dänisch, Friesisch, Platt.  
Wir sind Urlaub für die Seele, wir sind Landwirtschaft und Handel,  
wir sind wie Wind und Gezeiten, stets in Bewegung und Wandel.

Wir sind neue Energie, wir sind Handball und Wassersport,  
auch für Rummelpott und Boßeln ist das Land hier’n krasser Ort!  
Wir sind Friesentee und Korn, wir sind Marzipan und Holstentor,  
und wenn die Kieler Woche läuft, kommt es mir am vollsten vor.

Wir haben zwei Horizonte und haben Hunger auf Morgen,  
und der Blick auf die See vertreibt Kummer und Sorgen.  
Wir sind Luxus im Hotel, wir sind Campingplatz und Ferienhaus,  
Du kennst uns auch als Tatort, falls du manchmal Serien schaut.

Nicht nur, weil es so flach ist, ist es hier sehr übersichtlich,  
aber das heißt auch, man kennt sich und das finden wir wichtig.  
Lasst diese Lebensqualität unser Reichtum und Gold sein,  
niemand ist so glücklich, wie die Menschen Schleswig-Holsteins.

Fast jedes Kind kennt das Märchen „Frau Holle“  
der Brüder Grimm. Nachdem die Goldmarie  
sich stets freundlich und hilfsbereit verhalten  
hat, wird sie beim Abschied von Frau Holle mit  
einem Regen aus Gold überschüttet. Bildhauer  
Hans Gerd Ruwe nahm sich das Märchen zum  
Vorbild für seine Brunnenplastik, die in der Fuß-  
gängerzone von Bad Segeberg aufgestellt ist.  
Die realistisch geformte Plastik zeigt die junge  
Frau mit freudig erhobenen Armen unter einem  
Regen, der auf sie herunterfällt. Beobachtet  
wird die Szene vom aufgeregten Hahn, der im  
Märchen die heimkehrende Frau mit einem  
Jubelschrei begrüßt.

1. Schleswig-Holstein	
2. Hamburg	
3. Hessen	
4. Franken	
5. Nordrhein / Köln	
6. Baden	
7. Rheinland-Pfalz / Saarland	
8. Bayern (Süd)	
9. Niedersachsen / Nordsee	
10. Niedersachsen / Hannover	
11. Nordrhein / Düsseldorf	
12. Württemberg	
13. Westfalen	
14. Thüringen	
15. Mecklenburg-Vorpommern	
16. Berlin	
17. Sachsen	
18. Sachsen-Anhalt	
19. Brandenburg	

Im echten Norden ist das Glück zu Hause!  
Schleswig-Holstein belegt unter allen  
Regionen den Spitzenplatz im Glücksatlas  
der Deutschen Post.



**Moin (angeblich Kurzform für:  
Ich wünsche dir einen schönen Tag)  
– wie man bei uns in Flensburg zu  
jeder Tages- und Nachtzeit sagt!**

Mein Name ist Heiner Dunkel, ich wurde am 16.01.1954 in Hamburg geboren und bin nun seit über 20 Jahren „Flensburger“. Hier an der schönsten Förde sind meine vier Kinder aufgewachsen, mit den beiden jüngsten und meiner Frau lebe ich im Stadtteil Mürwik.

Mein Abitur habe ich am Hamburger Friedrich-Ebert-Gymnasium gemacht, um 1974 das Studium der Psychologie, Pädagogik und Soziologie aufzunehmen. 1980 habe ich dann mein Diplom in Psychologie gemacht, und fünf Jahre später folgte dann meine Doktorarbeit im Bereich der Arbeits- und Organisationspsychologie. 1994 habe ich habilitiert, das heißt die Lehrbefähigung an einer Universität für Arbeits-, Betriebs- und Organisationspsychologie erworben. Seitdem habe ich an vielen Hochschulen, auch in Asien und Lateinamerika, geforscht und gelehrt, zuletzt als Professor für Arbeits- und Organisationspsychologie an der Europa-Universität in Flensburg.

Trotz meiner hochschulpolitischen Erfahrung, unter anderem acht Jahre als Rektor der Flensburger Universität, war meine Kandidatur im Landtagswahlkreis 3 und meine anschließende Wahl in den Landtag 2017 ein klassischer politischer Quereinstieg. Aufgrund meiner beruflichen Erfahrung und Tätigkeit und nicht zuletzt auch aufgrund meiner mehr als 40-jährigen Gewerkschaftstätigkeit, beschäftige ich mich hauptsächlich mit zwei Themengebieten, mit denen ich mich sehr gut auskenne: Arbeit und Arbeitsschutz sowie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Die von der SPD und mir besetzten Themen

**Wir wollen wieder hoch hinaus!**  
Hier seht ihr mich beim Landtagswahlkampf 2017. Wir haben beim Wahlkampf verschiedene (neue) Methoden ausprobiert, die nicht nur Spaß gemacht haben, sondern auch zu vielen Gesprächen der Menschen auf der Straße geführt haben. Das Gespräch mit den Menschen, die ich ja letztlich in Kiel verrete, ist mir nicht nur im Wahlkampf wichtig.



## **Ich mache Politik, weil mich die Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft immer noch aufregen und ich meinen/allen Kindern eine bessere (auf jeden Fall keine schlechtere) Zukunft hinterlassen möchte.**

– HEINER DUNKEL

sind nicht nur den Flensburger Bürgerinnen und Bürgern wichtig, wie unser gutes Flensburger Landtagswahlergebnis 2017 zeigt. Sie werden meiner Meinung nach auch zwei der Schlüsselthemen für die deutsche Sozialdemokratie sein, da wir in diesen Themenbereichen ein unverwechselbares politisches Profil haben.



Ich habe deshalb als hochschul- und digitalisierungspolitischer Sprecher sowie Sprecher für Arbeit 4.0 und Industrie und als Mitglied des Bildungsausschusses großen Spaß daran, diese Themen in der SPD-Fraktion und im Landtag in Kiel weiter zu bearbeiten. In Flensburg veranstalte ich zu diesen und vielen weiteren Themen regelmäßige Podiumsdiskussionen, um selbst Informationen zu sammeln, die ich in meine Arbeit einfließen lassen kann.

## **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das sind die unumstößlichen, lebensbejahenden Grundwerte der SPD. Das sind die Motive meiner politischen Arbeit.**

– KIRSTEN EICKHOFF-WEBER



**Vor Ort** treffe ich Neumünsteraner und Boostedter mit ihren vielfältigen Wurzeln, ihren Lebensentwürfen, ihren Zukunftsvorstellungen, ihren Sorgen und Nöten. Für ein gutes Miteinander, gesellschaftlichen Zusammenhalt und solidarische Lösungen setze ich mich ein. Besonders gut nachdenken kann ich im Garten bei meinen Rosen und Kartoffeln. Hier kann ich mir die vielen Anregungen und Eindrücke durch den Kopf gehen lassen und komme oft zu Ergebnissen, die im wahrsten Sinne auf dem Boden der Tatsachen stehen.

**1960 wurde ich am Niederrhein geboren und wuchs in einem Dorf am Rand des Ruhrgebiets auf. In meiner Grundschule gab es acht Jahrgänge in einem Klassenraum. Hier erlebte ich den Beginn der Bildungsreformen von Willy Brandt. Das Bildungswesen wurde umstrukturiert, Chancen und Wege für alle eröffnet. Das brachte mehr Gerechtigkeit – und davon habe ich auch profitiert. Nach der Mittleren Reife konnte ich auf das Gymnasium wechseln und mein Abitur machen, später in Hannover Landespflege studieren. Das lag thematisch nahe, weil zu meiner Familie viele Bauern und Gärtner gehörten – es war aber auch ein großer Schritt. Bildung ist eine Gerechtigkeitsfrage, die mir politisch am Herzen liegt.**

Geprägt haben mich auch die Friedensbewegung, der aktive Umwelt- und Naturschutz und die Diskussionen um den Strukturwandel. 1983 trat ich in die SPD ein. In Neumünster startete 1988 mein Berufsleben bei der Stadt im Bereich Natur- und Umweltschutz. 1992 und 1995 wurden unsere Söhne geboren. Das war eine glückliche Zeit. Aber Kinder und Arbeit unter einen Hut zu kriegen war vor 25 Jahren noch schwerer, deshalb bin ich für sechs Jahre aus dem Beruf ausgestiegen. Die Freiheit der Lebensgestaltung, die Vereinbarkeit von Familie und

Beruf, gleichberechtigte Möglichkeiten für Frauen und Männer sind auch heute noch große gesellschaftliche Herausforderungen, die ich bewegen will.

Ab 1998 arbeitete ich wieder in der Stadtverwaltung Neumünster im Bereich Stadtentwicklung, Zukunftsaufgaben und Tourismus. 2009 wurde ich Leiterin der Abteilung Grünflächen. Hier konnte ich mit den Bürgerinnen und Bürgern Ideen für unsere Stadt entwickeln. Bei der Landtagswahl 2012 wurde ich in den Schleswig-Holsteinischen Landtag gewählt, seit 2013 bin ich Vorsitzende des SPD-Kreisverbands Neumünster.

Meinen Wahlkreis kenne ich gut, ich schätze die Menschen. Mit meinen Erfahrungen und mit meiner Arbeit Sorge ich dafür, dass die Interessen von Neumünster und Boostedt im Landtag mit klarer Stimme vertreten werden. Seit der vergangenen Landtagswahl bin ich 1. Landtagsvizepräsidentin und in meiner Fraktion Sprecherin für Landesentwicklung, Ländliche Räume und Landwirtschaft. Mit meiner politischen Arbeit setze ich mich ein für zukunftsfeste ländliche Räume mit einer nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft, die ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch rentabel ist.



# Gute Arbeit für Europa

**Wenn wir an Europa denken,** denken wir an grenzenloses Reisen ohne jedes Mal den Reisepass vorzeigen zu müssen. Wir denken daran, dass wir in Europa studieren und arbeiten können, wo wir wollen. Wir können, dank des Binnenmarktes, Produkte aus ganz Europa für gute Preise im Supermarkt kaufen. Diese Freiheiten haben wir der EU zu verdanken. Für uns sind dies Selbstverständlichkeiten und das muss auch so bleiben.

Die Europäische Union, gegründet, um wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Nachbarn zu ermöglichen und somit Frieden in Europa zu etablieren, ist ein Projekt wie kein anderes auf dieser Welt. Sie hat sich entwickelt, ist gewachsen – an Mitgliedern und Themen, und ist nun mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Die Wirtschaft hat von diesen Freiheiten stark profitiert. Unternehmen gehen in jene Länder, wo die Lohnkosten besonders niedrig sind oder sie geringe Steuern zahlen müssen. Dies jedoch führt

zu Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten und ihrer Bevölkerung.

Die europäische Integration hat bereits in vielen Bereichen funktioniert, hat Systeme verschiedener Mitgliedstaaten einander angeglichen. Ein Bereich jedoch ist von der europäischen Integration weitestgehend unberührt geblieben – der soziale Bereich. Die Debatte über ein *soziales Europa* wird immer wieder geführt, doch ist auf europäischer Ebene noch kein

verbindlicher Konsens entstanden, wie dieses soziale Europa umgesetzt werden kann. Die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und Sozialsysteme in den Mitgliedstaaten machen eine Angleichung schwierig. Beispielsweise liegt der Mindestlohn in Luxemburg bei 11,55 Euro, während er in Bulgarien bei 1,57 Euro liegt. Die Gleichstellung von Frau und Mann ist ebenfalls von Ungleichheit geprägt und Frauen sind weiterhin stärker von Armut betroffen als Männer. Und auch die Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin sehr

hoch – im EU-Durchschnitt liegt sie bei 14,8 Prozent am niedrigsten in Deutschland mit 6,1 Prozent und am höchsten in Griechenland mit 39,7 Prozent (Stand Sept. 2018).

Die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten müssen angegangen werden. Die SPD unterstützt dies, indem sie für ein soziales und solidarisches Europa einsteht. Die Politik muss sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten. Es müssen soziale Mindeststandards entwickelt werden und Lohn- und Sozialdumping unterbunden werden. Soziale Grundsicherungssysteme, die die Menschen auffangen und ihnen Sicherheit geben, müssen EU-weit eingeführt werden. Die SPD fordert das Prinzip: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort in der EU.

Ebenso wichtig sind Maßnahmen gegen die weiterhin erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit, die vor allem im Süden (Griechenland, Spanien, Italien) über 30 Prozent beträgt. Ziel der SPD ist ein permanenter europäischer Jugendbeschäftigungsfonds, damit Jugendliche sich weiterbilden können und eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Außerdem sollten junge Menschen mit einem Europäischen Mobilitätsprogramm unterstützt werden, um sich in Europa frei bewegen zu können. Andere Menschen und Kulturen lernt man immer noch am besten im persönlichen Austausch kennen. Europa soll weiterhin ein Kontinent der Chancen sein. Junge Menschen sind die Zukunft der EU.

Um ihnen unter die Arme zu greifen, muss die EU sich stärker im sozialen Bereich einbringen. Junge Menschen dürfen nicht allein gelassen werden. Kooperationen finden bereits seit Jahren statt und fördern den interkulturellen Austausch. Auf Initiative unserer Landtagsfraktion findet seit ein paar Jahren das *Baltic Sea Youth Forum* statt, welches konkrete Beiträge erarbeitet, die dann in die Ostseeparlamentarierkonferenz einfließen. Und auch Schüleraustausche finden jährlich statt, um den jungen Menschen die Ostseeregion näher zu bringen. Die Austausche schaffen Anreize und Perspektiven sich für die Region zu interessieren und sich für sie zu engagieren. Wir dürfen nicht nachlassen, dies zu

fördern. Die Anerkennung der kulturellen Vielfalt in der Region ist eine große Chance für die Zusammenarbeit und die Entwicklung.

Seit 2016 gibt es einen Entwurf der Europäischen Kommission für soziale Mindeststandards in der Union, die sogenannte Europäische Säule sozialer Rechte. Die Erstellung der Europäischen Säule sozialer Rechte wird von der SPD begrüßt und unterstützt. Hier sollen Chancengleichheit, faire Arbeitsbedingungen, Sozialschutz und soziale Inklusion europaweit angeglichen werden. Gerade die Grenzregion zu Dänemark mit den vielen Grenzpendlerinnen und Grenzpendlern würde profitieren, wenn die sozialen Sicherungssysteme koordiniert werden würden.

Es sind Forderungen der SPD nach einer wechselseitigen Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und die Stärkung der europäischen Integration, speziell im sozialen Bereich, enthalten. Allerdings ist die Europäische Säule sozialer Rechte kein rechtsverbindliches Dokument. Sie kann und sollte aber als Grundstein für weitere Initiativen dienen, um Europa sozial gerechter zu machen. So steht zum Beispiel die Gleichstellung der Geschlechter in der sozialen Säule – Frauen und Männer haben das Recht auf gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit. Auch das Recht auf eine gerechte Entlohnung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird erwähnt, damit diese sich einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen können.

Vor allem im Hinblick auf die Haushaltsverhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 können wichtige Schritte in Richtung soziales Europa stattfinden. Der Europäische Sozialfond (ESF) soll modernisiert werden. Mehrere Programme werden zusammengeführt, die bislang parallel arbeiten. Außerdem lässt sich die finanzielle Unterstützung so flexibler gestalten. Hier können Fortschritte in Richtung soziales Europa eingeleitet werden. In die Menschen muss investiert

werden, auch um die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu gewährleisten.

Schleswig-Holstein hat dabei eine Brückenfunktion inne und ist die Drehscheibe im Ostseeraum. Wir haben ein großes Interesse daran, dass die Zusammenarbeit zwischen den Staaten weiterhin besteht und zwar auf Augenhöhe.

Es ist wichtig, dass die Förderprogramme der EU weiterhin in der Region aktiv eingesetzt werden. Ein soziales Europa mit gemeinsamen Regeln für gute Arbeit, gerechte Steuern und einer sozialen Grundsicherung schafft auch eine wettbewerbsfähige Ostseeregion. Das kann nur im Sinne von Schleswig-Holstein sein.

**Wir stellen uns gegen die Rechtspopulisten, die ein soziales Europa verhindern wollen.**

Die sozialen Kluften wachsen, nicht nur in Europa sondern auch im Rest der Welt. Europa muss als Beispiel voran gehen und soziale Gerechtigkeit fördern. Dies

geschieht nur, indem ein fairer Arbeitsmarkt etabliert wird, der soziale Standards erfüllt – in ganz Europa. Die Europaparlamentswahl 2019 ist eine Chance für Sozialdemokraten, diese Forderungen in das Europäische Parlament zu tragen. Die Europäische Union lebt von ihren offenen Grenzen, ihrem Austausch der Kulturen und deren engem Zusammenleben – die Vielfalt macht Europa aus. Eine Abschottung und Abgrenzung, wie sie in einigen Mitgliedstaaten inzwischen immer mehr stattfindet, kann nicht die Antwort auf die Herausforderungen sein.

Jetzt ist es umso wichtiger, die Solidarität in Europa zu fördern und zu leben. Rechtspopulistische Parteien werden immer stärker. Sie wollen ein solidarisches Europa verhindern und unsere bereits errungenen Fortschritte zerstören. Das dürfen wir nicht zulassen. Die Antwort ist nicht weniger Europa, sondern mehr Europa!





## Verantwortung übernehmen für sich und für andere. Das sollen unsere Schulen jungen Menschen vermitteln. Und das ist meine Motivation, mich zu engagieren.

– MARTIN HABERSAAT

**Es fiel mir schon immer schwer, meine Meinung nicht zu sagen und in meinem Umfeld nicht über wichtige – oder von mir als wichtig erachtete – Themen mitentscheiden zu wollen. Klassensprecher, Schulsprecher, jugendpolitischer Sprecher für den Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder in Hamburg**



**Unser Sohn entdeckt die Welt.** Aber auch für mich ist durch ihn vieles neu und anders. Auf Spaziergängen erkunden wir die Nachbarschaft, die Gespräche mit den Menschen verändern sich. Ich spüre, wie Hass und Extremismus mir mehr Sorgen bereiten als früher. Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit schienen in großen Teilen überwunden, jetzt brechen sie wieder auf und begegnen mir sogar im Landtag. Ein Grund mehr, sich für ein geeintes Europa in einer friedlichen Welt einzusetzen.

– das alles ging auch ohne Mitgliedschaft in einer Partei. 1998 bahnte sich dann ein entscheidender Bundestagswahlkampf an. Das Land schien mir genauso erstarrt wie der Kanzler, also habe ich gemeinsam mit einem guten Freund an einem Stand der SPD Barsbüttel um ein Eintrittsformular gebeten...

In meiner Heimatgemeinde konnte ich schnell Verantwortung übernehmen, als SPD-Ortsvereinsvorsitzender und in der Barsbütteler Gemeindevertretung. 2001 wurde ich Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion Stormarn, erst im Verkehrsausschuss, von 2003 bis 2012 als Kreistagsabgeordneter und schulpolitischer Sprecher im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport. Von 2004 bis 2012 war ich Vorsitzender der SPD Stormarn. Im Mai 2012 habe ich auf eine erneute Kandidatur verzichtet, um mehr Zeit für meine Aufgaben in Kiel und die Arbeit im Wahlkreis (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek und Wentorf) zu haben. Mit dem Einzug in den Landtag ließ ich mich 2009 vom Schuldienst beurlauben. Bis dahin hatte ich am Emil-Krause-Gymnasium in Hamburg Deutsch, Geschichte und PGW (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft) unterrichtet.

Im Landtag habe ich mich bisher vor allem um die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Hamburg und um die Bildungspolitik gekümmert. Der gemeinsame Ausschuss beider Länder, dessen Gründungsvorsitzender ich 2016/17 sein durfte, soll diese Zusammenarbeit weiter vertiefen. Gemeinsam arbeiten wir an der norddeutschen Energiewende, an guten Verkehrsverbindungen und daran, dass man die Landesgrenze im Alltag möglichst selten spürt.

Ich setze mich ein für ein Bildungssystem, das junge Menschen zu guten Leistungen ermuntert, zur Selbstentfaltung und zur Übernahme von Verantwortung. Und ja, ich finde, alle sollten gerne zur Schule gehen. Mit meiner Frau und unserem Sohn, der im Januar 2018 zur Welt gekommen ist, lebe ich im schönen Reinbek.

## Wer Visionen hat, sollte auch seinen Arzt überzeugen – frei nach Helmut Schmidt



**BERND HEINEMANN**

**Mit meiner Frau Beate lebe ich in Kiel-Wellsee. Wir haben zusammen fünf Kinder (Beate zwei, Bernd drei), die bereits alle erwachsen sind.**



**Kiel-Gaarden ist mehr als ein sozialer Brennpunkt.** Das ist vor allem ein Ort vielfältiger Kultur. Über 60 Betriebe der Kreativwirtschaft in einem Stadtteil, und er bietet mehr. Kultur für alle ist an jeder Ecke zu spüren, sie ist Leben, wie beim Operntag auf dem Vinetaplatz. Dann versammeln sich die Menschen mit Körben, gefüllt mit Wein und Käse an Tischen mit weißen Tischdecken, um zu teilen und zu lauschen. Gestern Orient, morgen Italien oder Spanien – und mittendrin norddeutsche Gelassenheit.

Ich wurde 1952 geboren und habe nach der Hauptschule beim Marinearsenal gelernt und später als Elektromechaniker gearbeitet. Nach weiteren Schulabschlüssen und Studium wurde ich Diplom-Sozialpädagoge und Stadtjugendpfleger und kümmerte mich besonders um Jugendliche in schwierigen Lebenslagen. 20 Jahre lang leitete ich die Landesstelle für Suchtfragen Schleswig-Holstein.

Politische Erfahrungen machte ich im Ortsbeirat Meimersdorf-Moorsee und 15 Jahre als Ratsherr für Kiel – z. B. als Jugendhilfeausschussvorsitzender, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und für 10 Jahre als stellvertretender Stadtpräsident. In der SPD-Landtagsfraktion bin ich seit 2009 als gesundheitspolitischer, seit 2017 auch als ostseepolitischer Sprecher und seit 2009 als direkt gewählter Abgeordneter für Kiel-Ost aktiv und kümmere mich mit meiner Kollegin Özlem Ünsal auch um den Wahlkreis Kiel-Nord.

Regelmäßig besuche ich Betriebsräte, Vereine und Verbände und organisiere Ostuferrunden und Landtagsveranstaltungen mit Referentinnen und Referenten für meinen Wahlkreis. Wahlkreisfahrten biete ich zweimal im Jahr an, um mit Menschen

vom Kieler Ostufer erfolgreiche SPD-Politik in anderen Regionen vor Ort kennenzulernen.

Als Abgeordneter steht für mich im Vordergrund, die Lebenssituation der Menschen, die ich vertrete, zu verbessern. Sozialdemokratische Politik bedeutet für mich Gerechtigkeit, Fairness, Offenheit, Anerkennung, Respekt und menschliche Wertschätzung. Egal, ob im Land, im Parlament oder im Wahlkreis. Verstehen setzt Zuhören voraus. Solidarität ist für mich ein Markenzeichen, dabei darf diese Solidarität aber nicht zur Einbahnstraße werden. Jede und jeder muss seinen zumutbaren Beitrag leisten. Regelmäßige Kontakte zu den Menschen vor Ort sind mir sehr wichtig. Das heißt konkret: Da sein, wenn man mich braucht. Gute Gesundheitspolitik bedeutet eine optimale Versorgung für jeden Menschen und moderne medizinische Spitzentechnologie auf höchstem Niveau.

Wir sind Teil eines friedlichen und erfolgreichen Europas, mit meinen Vorstellungen von guter Ostseepolitik möchte ich ein Zeichen für Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit, Austausch, freien Reise- bzw. Warenverkehr und gemeinsame Sicherheit setzen.



# Einmischen ist wichtig, damit wir auch zukünftig in einem modernen und lebenswerten Land leben können.

– BIRGIT HERDEJÜRGEN



**Mit Freude konnte ich feststellen, dass auch mein kleiner Kater politisch interessiert und belesen ist. Damit fügt er sich prima in unsere Familie ein.** Unsere Lieblingsorte sind überall dort, wo wir Raum für ein nettes Buch oder die Zeitung finden. Im Winter ist das häufig unsere große Küche mit gemütlicher Ofenwärme. Im Sommer freue ich mich, dass ich bei der Umgestaltung von Haus und Garten auf John-Boy-Veranda und Gartenteich gesetzt habe.

**Einige tolle Lehrerinnen und Lehrer haben mir schon früh beigebracht, dass es Wirkung zeigt, sich einzumischen. Vermutlich konnte ich es deshalb auch nicht mehr wirklich sein lassen. Auch während des Studiums war ich in der Fachschaft aktiv.**

Nach dem Studium waren Wirtschaftsförderung und Projektmanagement meine Arbeitsfelder. Doch ich wollte mich auch weiterhin politisch engagieren. Dies habe ich dann für die SPD in der Kommunalpolitik getan.

Im Jahr 2000 bin ich als Kandidatin für den Wahlkreis Steinburg-Ost das erste Mal direkt in den Landtag eingezogen. Ich war als jugendpolitische Sprecherin der Fraktion für einen Bereich zuständig, der für mich nach wie vor – und ganz besonders im Wahlkreis – im Mittelpunkt meiner Arbeit steht.

Neben diesem Schwerpunkt engagiere ich mich weiterhin für die Themen Wirtschaft und Finanzen.

2005 habe ich für die Fraktion das Amt der finanzpolitischen Sprecherin übernommen. Dies habe ich auch nach den Wahlen 2009 fortgeführt.

Neue Herausforderungen ergaben sich bis 2012 durch die Position der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und die damit verbundene Mitgliedschaft im geschäftsführenden Vorstand der Fraktion. Seit 2012 bin ich als Parlamentarische Geschäftsführerin für die politisch-organisatorischen Belange der Fraktion verantwortlich.

Die Arbeit im Landtag ist spannend, weil kein Tag wie der andere ist und ich immer wieder mit neuen Herausforderungen rechnen muss, neue Themen aufploppen und ich Menschen begegne, die mir von ihren ganz persönlichen Schicksalen berichten. Genau das ist die Arbeit, die meinen Tagesablauf bestimmt und mein Engagement nicht abreißen lässt. Ich bin froh, dass ich als Abgeordnete einen kleinen Beitrag dazu leisten kann, dass Schleswig-Holstein ein modernes und lebenswertes Land bleibt.

# Mein Großvater hat mir einen ganz wichtigen Satz mit auf den Weg gegeben: „Behandle die Menschen so, wie du auch behandelt werden möchtest.“

– THOMAS HÖLCK

**Als Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Pinneberg-Elbmarsch bin ich zuständig für das – wie ich finde – schönste Gebiet im Kreis Pinneberg. Und das sage ich, obwohl ich in Hamburg geboren wurde, und zwar am 21. September 1962. Ich bin seit 1989 mit Marina verheiratet, habe zwei inzwischen erwachsene Töchter und bin seit 2017 stolzer Großvater von Zwillingmädchen. Von Beruf bin ich Bauingenieur, aber der Weg dahin war nicht ganz leicht.**

Als junger Mann habe ich nach der Schule eine Ausbildung zum Maurer absolviert. Auf dem zweiten Bildungsweg habe ich mein Fachabitur gemacht und dann studiert. Dass es diese Möglichkeit in Deutschland gibt, ist für mich eine große Errungenschaft, die wir dem SPD-Bundeskanzler Willy Brandt zu verdanken haben, und aufgrund meiner persönlichen Erfahrung ist Bildung für mich eins der wichtigsten Themen überhaupt.

1979 bin ich in die SPD eingetreten und habe mich immer politisch engagiert, war in Hamburg im Juso-Vorstand, war mehr als zwei Jahrzehnte Gemeindevertreter in meiner Heimatgemeinde Haseldorf, bin dort Ortsvorsitzender und seit 2012 auch SPD-Vorsitzender im Kreis Pinneberg. Im Landtag war ich das erste Mal von 2005 bis 2009 und nun seit 2014 wieder. Ich bin Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft und energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. In den Landtag wollte ich damals, weil ich ein bodenständiger, pragmatischer Mensch bin, der zupacken kann. Ich glaube, dass solche Menschen dem Parlament guttun. Ich komme aus der freien Wirtschaft, habe mal ein Handwerk erlernt und weiß deshalb auch gut um die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger.



**Im zarten Alter von sechs Jahren war mein Berufswunsch Koch.**

Das hat zwar nicht geklappt, aber das Kochen macht mir großen Spaß. Vieles habe ich von meiner Mutter gelernt, zum Beispiel den weihnachtlichen Gänsebraten, anderes habe ich mir selbst beigebracht. Meine Paella begeistert regelmäßig meine Gäste. Die spezielle Würzmischung dafür bringe ich mir von meinen Herbsturlaubs mit meiner Frau in Andalusien mit.

Eine meiner Schwächen ist zu viel gutes Essen. Ich liebe Grünkohl, Bauernfrühstück und den leckeren Rotwein von meinen Lieblingsweinhändler in Holm. Zum Ausgleich gehe ich walken im Tävsmoor und nutze meine Dauerkarte für den HSV. Entspannung finde ich auch bei einem Spaziergang am Elbstrand. Ansonsten verbringe ich meine recht knappe Freizeit am liebsten mit meiner Familie. In meine Enkeltöchter bin ich richtig vernarrt. Ich koche mit großer Leidenschaft und lese (nicht nur) Krimis.

Wenn ich mal viel Zeit habe, möchte ich gern Tango tanzen lernen.

Mein Wahlkreis ist ein echtes Geschenk. Wir leben hier in einer Region, in der andere Menschen Erholung suchen. Ich werde mich immer dafür einsetzen, dass dieser wunderbare Lebensraum lebenswert bleibt, Tourismus nur sehr sanft vorangeht, gleichzeitig aber auch genug bezahlbare Wohnungen gebaut werden.





## Frau Pauls, was ist in der Pflege los?

**Du hast eine Ausbildung zur Krankenschwester gemacht und über 20 Jahre Erfahrung in der Pflege gesammelt. Sind die Probleme heute andere als zu deiner „aktiven“ Zeit?**

Die Pflegefachkräfte sind schon immer viel auf den Beinen gewesen, und die Tätigkeit ist sehr arbeitsintensiv. Aber die Situation hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Die Belastung der Pflegekräfte durch die gesteigerte Arbeitsverdichtung ist immens, und immer mehr verlassen ihren Beruf oder reduzieren ihre Arbeitsstunden.

### **Was genau ist das Problem?**

Das Problem ist vielschichtig. Die Pflege steht unter einem enormen wirtschaftlichen Druck. Zum Beispiel wurden in den Krankenhäusern zwischen 1997 und 2007 fast 50.000 Stellen im Pflegedienst abgebaut. Gleichzeitig gab es einen enormen Stellenzuwachs bei den Ärzten, weil die Häuser mit den ärztlichen Tätigkeiten mehr Geld verdienen. Zwar hat es ab 2008 wieder einen leichten Zuwachs an Personal gegeben, dennoch aber lag die Zahl der Vollzeitkräfte in Krankenhäusern 2013 immer noch um ca. 35.000 unter dem Wert des Jahres 1996. Davon hat sich die Pflege trotz einiger politischen Bemühungen und leichten Zuwächsen nicht erholt. Auch in der Altenpflege gibt es von privaten Eigentümern nicht

nachvollziehbare, hohe Renditeerwartungen, die auf Kosten des Personals gehen.

Gleichzeitig sind die Leistungsanforderungen an die Pflege Tätigkeit kontinuierlich gestiegen. Es sind zunehmend mehr Patienten zu versorgen, da mehr Operationen, Untersuchungen und Behandlungen durchgeführt werden. Zudem hat der Anteil älterer und somit in der Regel auch pflegebedürftiger Patienten deutlich zugenommen. In den

Pflegeheimen sind immer mehr Pflegebedürftige, die an verschiedensten Erkrankungen leiden. Hierfür benötigt die Pflege eigentlich viel mehr Zeit, was aufgrund des fehlenden Personals oftmals schwer zu realisieren ist.

**Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition wurde ein Personalbemessungsschlüssel vereinbart. Dieser soll regeln, wie viele Patienten auf eine Pflegekraft kommen. Was ist ein guter Schlüssel dafür?**

Einen verbindlichen Personalbemessungsschlüssel fordere ich schon seit Jahren. Dieser ist unausweichlich, um die Situation in der Pflege für die Patientinnen und Patienten sowie für die Fachkräfte zu verbessern. Der erste Schritt, den die Bundesregierung nun im August 2018 beschlossen hat, ist die Einführung von Pflegepersonaluntergrenzen im Krankenhaus, allerdings nur in vier Fachbereichen - Intensivmedizin, Kardiologie, Geriatrie, Unfallchirurgie. Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein und absolut nicht ausreichend.

Unter den Industrieländern nimmt Deutschland den schlechtesten Platz ein, wenn es um den Patienten-Fachkraftschlüssel geht. Während in den USA von einer Fachkraft durchschnittlich 5,3 Patienten versorgt werden, in den Niederlanden 7, in Schweden 7,7 in der Schweiz 9, muss in Deutschland eine

Fachkraft durchschnittlich 13 Patienten versorgen. Gleichzeitig wissen wir durch verschiedene Studien, dass die Besetzung mit ausreichend qualifiziertem Personal direkte Auswirkungen auf Komplikationen und Morbidität, also auf die Patientensicherheit hat. Je mehr Patienten eine Pflegekraft zu betreuen hat, desto größer ist das Risiko für Komplikationen bis hin zum Tod.

Deshalb brauchen wir dringend einen gesetzlichen Personalbemessungsschlüssel – und zwar für alle Bereiche auch in der Altenpflege – alles andere ist Kosmetik. Ein wirklicher Personalbemessungsschlüssel ist fachlich begründet: Es bedarf auf einer neurologischen Intensivstation einer höheren Anzahl an Pflegekräften mit entsprechender Qualifikation als auf einer gynäkologischen Reha-Station, wo die Patientinnen meist selbstständig sind. Und das muss für jeden Bereich gesondert berechnet werden. Übrigens liegen die Grundlagen dafür schon in der Schublade, aber das kostet natürlich.

**Wäre damit das Problem des Fachkräftemangels durch einen Personalbemessungsschlüssel gelöst?**

Mit ausreichendem Personal erhöht sich die Arbeitszufriedenheit der Pflegekräfte. Jetzt ist die Arbeitsunzufriedenheit so hoch, weil die Schere zwischen theoretischem Wissen und praktischem Handeln immer mehr auseinanderklafft und die Pflegekräfte ständig unzufrieden nach Hause gehen. Ein großes Problem ist dabei auch, dass es keine verlässlichen Dienstpläne gibt und beispielsweise Pausen aufgrund der hohen Belastung nicht genommen werden können.

Der gesetzliche Personalbemessungsschlüssel ist für mich das Wichtigste in der Pflege. Mit ihm geht auch die Patientensicherheit einher.

**Angenommen, wir bekommen einen gesetzlichen Schlüssel. So fehlt es aktuell akut an Fachkräften. Wie kann der Beruf attraktiver gestaltet werden?**

Nicht der Beruf ist unattraktiv, sondern die Rahmenbedingungen, die wir dringend ändern müssen. Man muss die Pflegekräfte so arbeiten lassen, wie sie es gelernt haben und wie ihre Profession es vorsieht. Sie sollen wieder ihren eigenen moralischen Ansprüchen gerecht werden können. Das schafft Zufrieden-

heit. Dafür brauchen wir mehr Zeit für die Pflege Tätigkeit, und das geht nur mit mehr Personal einher, also einem gesetzlichen Personalbemessungsschlüssel. Dann haben wir schon sehr viel erreicht. Zusätzlich sind die Gehaltsgefüge so unterschiedlich und der Beruf, wie viele andere soziale Berufe auch, niedrig entlohnt. Daher fordern wir auch einen Sozialtarifvertrag, um tarifgebundene Beschäftigung bei guter Bezahlung zu schaffen.

Wichtig ist auch die Reform der Ausbildung, die nun ab 2020 greifen soll. Eine bezahlte Ausbildung steigert auch die Attraktivität dieses Berufes.

**Ab 2020 werden die bislang getrennten Ausbildungen in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie der Altenpflege zusammengelegt, vergütet und bundeseinheitlich über einen Fonds finanziert. Ein Schritt in die richtige Richtung...**

Ja. Endlich ist dieser Schritt gelungen. Die Zusammenführung der bisher getrennten Ausbildungen der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege zu einer generalistischen Ausbildung ist gut, denn sie bringt mehr Einsatzmöglichkeiten für Pflegefachkräfte und Anerkennung auch im internationalen Vergleich.

Leider ist aber die neue Ausbildung wieder ein Kompromiss. Denn nur in den ersten beiden Ausbildungsjahren werden alle Auszubildenden gemeinsam generalistisch unterrichtet und praktisch ausgebildet. Im dritten Jahr gibt es die Möglichkeit, die generalistische Ausbildung zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann fortzusetzen oder die Pflegeausbildung mit den bekannten Abschlüssen in der Kinderkranken- oder Altenpflege zu vollenden. Anstatt wie in anderen Ländern eine generalistische Ausbildung mit anschließender Spezialisierung zu organisieren, müssen die Auszubildenden sich nun schon zu Beginn der Ausbildung für einen der Abschlüsse entscheiden, um den entsprechenden Ausbildungsplatz zu bekommen.

Ich bin sehr froh, dass die Küstenkoalition schon 2015 das Schulgeld für die Altenpflegeausbildung abgeschafft hat, sonst hätten die Auszubildenden immer noch das Schulgeld in diesem wichtigen Beruf bezahlen müssen, weil das Bundesgesetz ja erst 2020 greift. Das muss das

Man muss die  
Pflegekräfte so  
arbeiten lassen,  
wie sie es gelernt  
haben und wie  
ihre Profession  
es vorsieht. Sie  
sollen wieder  
ihren eigenen  
moralischen  
Ansprüchen  
gerecht werden  
können.

Land jetzt auch für die anderen Gesundheitsberufe, wie z. B. Physiotherapeuten organisieren. Dafür haben wir Initiativen gestartet.

**Die SPD hat die Pflegeberufekammer in der Küstenkoalition auf den Weg gebracht. Was hat es damit auf sich?**

Erstmals hat die Pflege eine eigenständige Vertretung. Bislang haben sich immer alle anderen – Arbeitgeber, Gewerkschaften, Krankenkassen, Politik – zur Pflege geäußert. Die Pflege war fremdgesteuert. Mit der Pflegeberufekammer wird das Ansehen der Berufsgruppe gestärkt und agiert auf Augenhöhe mit den anderen Kammern, wie z. B. der Ärztekammer.

Die Selbstverwaltung der Pflege sichert die Beteiligung der Pflegeberufe an allen pflegerlevanten Fragen und stellt somit die Versorgung der Pflegebedürftigen in unserem Land sicher. Zu den Aufgaben der Pflegeberufekammer gehören unter anderem die Gestaltung einer Berufsordnung, die Weiterbildung, die Förderung der Qualität in der Versorgung, die Beratung der Politik und die Erhebung von Pflegestatistiken.



Der Weg zur Pflegeberufekammer war schwer. Es musste viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Ich kann verstehen, dass viele, besonders die privaten Arbeitgeber, heftigen Widerstand leisteten und immer noch leisten. Denn erstmalig organisiert sich die größte Gruppe im Gesundheitswesen. Man kann sich vorstellen, was das auslösen kann. CDU und FDP waren auch konsequent dagegen und kündigten an, die Pflegeberufekammer wieder abzuschaffen. Ich bin sehr froh, dass sie ihr Wahlversprechen auch an dieser Stelle gebrochen haben. Schleswig-Holstein ist Vorreiter bei der Pflegeberufekammer, andere Länder sind ungefolgt, und es werden immer mehr. Der nächste Schritt wird die Bundespflegekammer sein, hoffe ich jedenfalls.





## Frieden und Demokratie sind kein Geschenk. Wir müssen täglich darum ringen, beides zu erhalten. Das schulden wir unseren Kindern und Enkeln.

– KERSTIN METZNER

**1961 wurde ich im mecklenburgischen Penzlin geboren. Ich besuchte die polytechnische Oberschule und absolvierte danach eine Lehre zum Baufacharbeiter. Diese Ausbildung kam mir bei dem anschließenden Bauingenieurstudium zugute. Während des Studiums habe ich meine beiden Kinder geboren. Mehr als 30 Jahre arbeitete ich als Diplom-Ingenieurin, erst als wissenschaftliche Mitarbeiterin an einer Hochschule, ab 1990 auf verschiedenen Positionen in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Darüber hinaus engagierte ich mich im Ingenieurverband Wasser- und Schifffahrtsverwaltung e. V. (IWSV), zuletzt als dessen Bundesvorsitzende.**

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein gab mir den letzten Impuls, im Mai 2012 in die SPD einzutreten. Bereits 2013 konnte ich ein Mandat zur Lübecker Bürgerschaft in Direktwahl erringen. Insbesondere als Mitglied des Fraktionsvorstandes, im Bau- und im Umweltausschuss sowie in einem Aufsichtsrat habe ich wertvolle Erfahrungen in der Kommunalpolitik sammeln können.

Als Lübeck zur letzten Landtagswahl einen dritten Wahlkreis erhielt, bewarb ich mich um eine Kandidatur. Seit 2017 bin ich Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Hier bin ich Mitglied im Umwelt- und Agrarausschuss, im Wirtschaftsausschuss und im Richterwahlausschuss. In der Fraktion arbeite ich im Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume und im Arbeitskreis Wirtschaft mit. Ich bin Sprecherin der Fraktion für Fischerei und Küstenschutz sowie für Häfen und maritime Wirtschaft. Dabei kommt mir meine langjährige berufliche Tätigkeit zugute. Weitere Bereiche sind der Verbraucherschutz und das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e. V. Außerdem vertrete ich die Fraktion im BINGO!-Vergaberat. Dadurch habe ich zu einem weiteren Schwerpunktthema, zur Nachhaltigkeitspolitik, gefunden.

Ich vertrete die Lübecker SPD im Landesparteirat. Seit 2018 gehöre ich dem SPD-Kreisvorstand Lübeck an. Darüber hinaus engagierte ich mich in der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen. Mir sind die regen Kontakte zu den Menschen in meinem Wahlkreis Lübeck-West sehr wichtig, sei es bei Besuchen SPD-interner Veranstaltungen oder bei den Initiativen und Vereinen. Die Rückmeldungen, die ich dort erhalte, geben mir die Impulse für meine weitere Arbeit im Landtag im Interesse der Lübecker Bürgerinnen und Bürger und Schleswig-Holsteins.



**Lübeck ist eine Stadt zum Leben!** Sicher denkt jeder bei Lübeck sofort an Holstentor und die historische Altstadt. Und doch wäre die Hansestadt undenkbar ohne ihre idyllischen Plätze am Wasser. Die Grünanlagen an den Ufern von Trave und Wakenitz sind Treffpunkt von Alt und Jung. Die Restaurants an der Untertrave laden ein, die lauschige Atmosphäre am Rande der Altstadt zu genießen. Überall finden sich die stillen grünen Ecken, die das besondere Flair Lübecks prägen. Ob bei Spaziergang, Lauf oder Radtour – hier finde ich jederzeit willkommenen Ausgleich zur Hektik des Alltags.

## Politik zu machen heißt, sich mit der Lebenswirklichkeit der Menschen auseinanderzusetzen und Lösungen für Alltagsprobleme zu finden.

– SERPIL MIDYATLI



**Ich bin Serpil Midyatli. Als Abgeordnete vertrete ich Eckernförde und die umliegenden Gemeinden – von Damp bis Altenholz. Im Landtag widme ich mich besonders den Themen Kita, Integration, Gleichstellung und sexuelle Vielfalt. Wie schaffen wir gleiche Bildungschancen von Anfang an? Wie helfen wir Menschen, die Schutz suchen, einen Platz in der Gesellschaft zu finden? Und wie stellen wir sicher, dass das Geschlecht oder die Herkunft nicht über die berufliche Perspektive entscheiden? Das sind Fragen, die mich in meiner täglichen Arbeit umtreiben.**

Wenn ich meinen Politikstil beschreiben sollte: Offen auf Menschen zugehen, das bedeutet mir etwas. Denn in der Politik geht es für mich darum, Alltagsprobleme zu lösen – seien es zu hohe Kita-Gebühren oder steigende Mieten vor Ort. Politik ist aber eine Teamleistung, denn Schleswig-Holstein steht vor vielen Herausforderungen, denen wir uns gemeinsam stellen sollten.



**Ich bin am liebsten am Wasser.** Wie hier auf dem Bild am Eckernförder Hafen oder aber auch am Strand in Surendorf. Sobald ich aufs Wasser blicke, erhole ich mich und komme innerlich zur Ruhe. Meine Gedanken sortieren sich wie von alleine, und wenn dann der Wind noch hinzukommt, ist es für mich der perfekte Augenblick. Denn der Wind pustet die gesamte Anspannung aufs Meer hinaus, und ich bin voller neuer Energie für das, was kommt.

Kurz zu meinem Weg: Geboren wurde ich 1975 in Kiel, wo ich aufgewachsen und zur Schule gegangen bin. Als ich 18 war, wurde ich Leiterin eines Restaurants – mit einem Saal für 450 Gäste. Ab 2004 habe ich dann gemeinsam mit meinem Mann eine Konzerthalle betrieben, ab 2007 zusätzlich einen Catering-Service, bevor ich 2009 in den Landtag gewählt wurde. Heute wohne ich mit meiner Familie in Gettorf.

Nach der Jahrtausendwende entschied ich mich, in die SPD einzutreten. Ich wollte etwas verändern und meinen Beitrag für ein solidarisches Zusammenleben leisten. Für eine Gesellschaft, in der sich Menschen gegenseitig unterstützen. Zunächst wurde ich im Ortsbeirat aktiv – in meinem Stadtteil Kiel-Gaarden. Dann betrat ich die landespolitische Bühne: 2007 wurde ich Mitglied im Landesvorstand der SPD. In den Landtag zog ich erstmals im Jahr 2009 ein. Seit 2012 bin ich dort stellvertretende Fraktionsvorsitzende und momentan Mitglied im Sozialausschuss. Im SPD-Parteivorstand auf Bundesebene engagiere ich mich seit 2017, da Politik für Land und Bund in meinen Augen zusammenhängen.

Was sind meine politischen Ziele? Besonders am Herzen liegt mir, dass alle Kinder die Kita besuchen können und deren Eltern von den Kita-Gebühren befreit werden. So schaffen wir gleiche Chancen – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Außerdem trete ich für eine vielfältige und tolerante Gesellschaft ein. Ich bin überzeugt, dass Vielfalt mit Chancen für alle verbunden ist. Wenn Menschen Schutz suchen oder Hilfe brauchen – egal woher sie kommen – bleibt Humanität mein oberstes Gebot.





# Lust auf Leistung statt Angst vor Repression

Ein Interview mit  
**MARTIN HABERSAAT**  
über die Schulen in  
unserem Land

„Wir müssen aber dahinkommen, dass die Aufenthaltsqualität und das Angebot an den Schulen so gut werden, dass man dort gerne bleibt. Ein gutes Mittagessen in gemütlicher Atmosphäre gehört dazu – gerne auch mal selbst zubereitet.“

**Herr Habersaat, Sie haben der Landesregierung wiederholt eine rückwärts-gewandte Bildungspolitik vorgeworfen. Warum?**

Das dreigliedrige Schulsystem, dessen Kernidee die Sortierung von Schülerinnen und Schülern war und die Angst, von der Schule zu fliegen oder sitzenzubleiben von manchen für ein wichtiges Mittel der Pädagogik gehalten wurde, ist bei uns überwunden. Mit der Notenpflicht für Grundschulen, der Trennung der Lehrerausbildung ‚nach Ständen‘ und der schriftlichen Schulartempfehlung kehrt leider gerade manches zurück. Ich dagegen glaube, dass Lust auf Leistung ohne Angst besser funktioniert.

**Im September 2018 bescheinigte die Bertelsmann-Studie dem Land Schleswig-Holstein, beim Thema Inklusion vorne dabei zu sein. Aber auch hier ist Luft nach oben. Was muss besser werden?**

Es geht in Schleswig-Holstein schon lange nicht mehr um den Reiz der großen Zahl, um die reine Inklusionsquote. Seit Jahren ist Konsens, dass Qualität statt Quantität gefördert werden muss. Mehr Personal für die Schulen, bessere Ausstattung. Inklusion ist inzwischen auch verbindlicher Teil der Lehrkräftebildung.

Ich hoffe, das will niemand rückgängig machen. Wichtig ist für mich aber auch das Bekenntnis: Wir sind hier auf dem Weg, ein Menschenrecht umzusetzen, wir kehren nicht wieder um.

**Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, in denen die meisten Schülerinnen und Schüler mittags nach Hause geschickt werden. Früh nach Hause – das ist doch gut, oder?**

Momentan fühlt es sich vermutlich für die meisten Schülerinnen und Schüler gut an, früh nach Hause zu kommen. Wir müssen aber dahinkommen, dass die Aufenthaltsqualität und das Angebot an den Schulen so gut werden, dass man dort gerne bleibt. Ein gutes Mittagessen in gemütlicher Atmosphäre gehört dazu – gerne auch mal selbst zubereitet. Außerdem finden nicht alle Schülerinnen und Schüler zu Hause ein aktivierendes und förderndes Umfeld vor. Auch hier ist die Ganztagschule ein wichtiger Ansatzpunkt.

**Müssen Lehrerinnen und Lehrer Weihnachtsgeld bekommen?**

Zunächst einmal muss man Versprechen einhalten. Als CDU und SPD in einer Großen Koalition das Weih-

nachtsgeld abgeschafft haben, gab es das Versprechen, dies bei guter Haushaltslage rückgängig zu machen.

Der Zeitpunkt ist jetzt gekommen, leider steht nur die SPD zu ihrem Wort. Der Blick auf die vielen fehlenden Fachkräfte an den Schulen zeigt zudem, dass wir die Attraktivität des Berufs nicht aus den Augen verlieren dürfen. Und natürlich ist Geld da ein wichtiger Punkt.

**Schauen wir in die Zukunft: Wie könnte die Bildungslandschaft in zehn Jahren aussehen, wenn die SPD ihre Vorstellungen umsetzen könnte?**

Alle Schularten wären gleichberechtigt, sie fördern und fordern individuell alle ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler. Es herrscht Lust auf Leistung und nicht Angst vor Repression. Die Schulen wären alle so ausgestattet und die Lehrkräfte so ausgebildet, dass man selbstverständlich mit digitalen Medien arbeiten kann, wenn es pädagogisch sinnvoll erscheint. Schulen sind den ganzen Tag über mit Leben erfüllt und mit ihren Gemeinden vernetzt. Zum Schuljahresende kochen die Schülerinnen und Schüler für ihre Eltern ein Menü mit selbst hergestellten Lebensmitteln.



**Geboren und aufgewachsen bin ich in Oersberg bei Kappeln. Schon in der Schule fand ich es wichtig, sich einzumischen. „Nicht meckern, sondern machen“ war schon früh meine Devise.**

1985 ging es an das andere Ende der Schlei nach Schleswig. Im ehemaligen Martin-Luther-Krankenhaus absolvierte ich eine Ausbildung zur Krankenschwester und habe 23 Jahre lang sehr gerne in dem Beruf in verschiedenen Positionen und Einrichtungen gearbeitet. Die Pflege ist und bleibt eine Herzensangelegenheit, erst recht politisch. Als ich 2009 als Abgeordnete in den Landtag kam, wurde ich wegen des Themas ein wenig belächelt, mittlerweile ist allen klar, wie wichtig es ist, sich nachhaltig um die Pflegepolitik zu kümmern.

Über die Umwege Ostafrika, Grönland und Kopenhagen bin ich 1998 wieder nach Schleswig zurückgekehrt und hier geblieben. Ich freue mich täglich über die Schlei, sie ist jeden Tag anders. Mein Zuhause auf dem Holm zaubert mir immer wieder ein Lächeln auf die Lippen. Der Holm ist schon ein spezieller Ort. Meine Familie und ich fühlen uns in dieser alten traditionsreichen Fischer-siedlung sehr wohl. Der Zusammenhalt in der Nachbarschaft ist toll. Ein lebendiges generationsübergreifendes Miteinander, jeder passt ein bisschen auf den anderen auf, man hilft sich, wenn notwendig. Eine Lebensform, für die ich auch poli-tisch werbe. Gerade in einer immer älter werdenden Gesellschaft müssen wir das soziale Miteinander in den Nachbarschaf-ten auf dem Dorf und in der Stadt für Jung und Alt gut organisieren. Ich schätze die Hilfsbereitschaft der Menschen in unserem Land und die Toleranz gegenüber Minderheiten. Deutsche und Dänen zum Beispiel leben hier sehr gut zusammen. Manche, wie mein Mann und ich, sind sogar miteinander verheiratet, unsere Tochter ist zweisprachig aufgewachsen. Der kulturelle Reichtum, auch dank



## Eine starke, verlässliche und gerechte Sozialpolitik ist kein Sahnehäubchen, sondern wichtigste Grundlage für ein solidarisches und friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft.

– BIRTE PAULS

unserer Minderheiten, macht unser Land stark und ganz besonders. Vielleicht ist es auch die Nähe zu Dänemark, die uns zu den glücklichsten Menschen in Deutschland macht.

Zusammengefasst liebe ich das Leben hier im echten Norden, dort wo andere Urlaub machen. Einem Land zwischen zwei Meeren, unter dem Himmel, der nie langweilig wird, mit einer salzigen und frischen Luft, mal rau – mal lieblich, sowie die Menschen, die sich gegen-seitig leben lassen. Ich bin stolz darauf, mich im Landtag für unser Land und meine Region einsetzen zu dürfen.

Toleranz, Gerechtigkeit und Solida-rität sind und bleiben der rote Faden meiner Politik.



**Hier an der Schlei** zu sitzen, mal mit den älteren Nachbarn und den Fischern zu klönen, das erdet mich. Am oder auf dem Wasser, egal wo, kann ich gut abschalten, den Gedanken freien Lauf lassen.



## Schleswig-Holstein soll ein Land der Weltoffenheit sein. Ein Land, das aus Fremden Freunde macht und gute Nachbarschaft pflegt. Wo Alltagsrassismus nicht geduldet wird und Nazis keine Chance haben.

– TOBIAS VON PEIN

**1985 als Kind des „Hamburger Rands“ geboren, bin ich durch die Nähe zur Metropole Hamburg und die dörfliche Landschaft geprägt worden. Ich bin in Lütjensee und Trittau aufgewachsen. Nach der Realschule habe ich bei einem Ahrensburger Unternehmen eine Aus-bildung zum Groß- und Außenhandels-kaufmann für Sanitär- und Haustechnik absolviert. Später habe ich in Hamburg Sozialökonomie studiert und mich dort**

**Politik darf sich nicht verschanzen, sondern muss aktiv auf die Leute zugehen. Deshalb habe ich irgendwann entschieden, meine Sprechstunden auf die Straße zu verlegen. Um richtig ausgestattet zu sein, brauchte ich noch ein Transportgerät für all die Sachen, die man so als SPD-Ab-geordneter im Einsatz dabeihaben muss. Durch Zufall konnte ich ein gut erhaltenes Bäckerfahrrad in Dienst stellen. Seit-dem leistet es mir mit großem Korb und Anhänger treue Dienste und ist überall dabei. So kann es gut passieren, dass man mich mit Fahrrad und roter Kanne Kaffee ins Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern vertieft in der Innenstadt stehen sieht.**



**unter anderem mit Fragen der Armuts- und Ungleichheitsforschung sowie der Arbeitsmarktpolitik beschäftigt. Als Teamer in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit habe ich Betriebsräte ausgebildet. Mit meiner Frau und meinen beiden Kindern lebe ich heute in Trittau.**

Meine ersten politischen Erfahrungen habe ich nicht im normalen Politikbetrieb gemacht. Es begann beim Besuch eines Fußballspiels. Hier habe ich als Jugend-licher miterlebt, wie auf der Tribüne der Gästefans offen rechtsextreme Parolen gerufen wurden. Die Reaktion von den anderen Tribünen darauf war deutlich und laut. Das hat mich nachhaltig beeindruckt. Seit vielen Jahren steht der FC St. Pauli mit seiner Fanszene für Anti-rassismus, Solidarität, gegen Sexismus und Homophobie. Mich hat die Fanszene dort nicht nur persönlich, sondern auch politisch sehr geprägt.

Auf der Suche nach einer Möglichkeit, mich aktiv einzubringen, stieß ich dann auf die Jungsozialistinnen und Jungso-zialisten (Jusos). Zusammen mit einigen Freunden und Interessierten gründete ich in Trittau meine eigene Juso-Ortsgruppe, die sich jede Woche im Jugendzentrum des Ortes getroffen hat.

Später wurde ich Kreisvorsitzender der Jusos im Kreis Stormarn. Mit 20 Jahren wurde ich zum SPD-Vorsitzenden in Lütjensee gewählt, habe die Partei vor Ort mit neuen Leuten wieder aufgebaut und war viele Jahre in der Kommunal-politik aktiv. Im Kreisvorstand der SPD Stormarn arbeite ich daran mit, die SPD zu modernisieren und für neue Zielgruppen zu öffnen. Als jüngster SPD-Kandidat wurde ich 2012 in den Landtag gewählt und setze mich dort leiden-schaftlich für die Stärkung unserer Demo-kratie ein. Wir müssen rechten Parolen laut und selbstbewusst entgegenreten. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Aus-grenzung, Hass und Rassismus wieder salonfähig werden. Daran arbeite ich jeden Tag mit Leidenschaft.





**Mitten in der Holsteinischen Schweiz verbindet der Große Plöner See die Kreise Ostholstein und Plön.**  
Hier bin ich zu Hause. Die Großer-Plöner-See-Rundfahrt dauert übrigens zwei Stunden und ist eine kleine, feine Auszeit vom Alltag!



# Gerechtigkeit ohne Gleichberechtigung von Mann und Frau gibt es nicht.

– BEATE RAUDIES

## Ein modernes Europa ist solidarisch, demokratisch und sozial. Dazu möchte ich als schleswig-holsteinische Sozialdemokratin meinen Beitrag leisten.

– REGINA POERSCH

**Ich bin Eutinerin, geboren jedoch in Lübeck, und zwar am 4. November 1969. In Eutin bin ich aufgewachsen, habe dort laufen, Fahrradfahren und tanzen gelernt, bin da zur Schule gegangen und lebe hier noch heute dort mit meinem Ehemann.**

Nach dem Abitur 1989 an der Carl-Maria-von-Weber-Schule in Eutin habe ich an der Verwaltungsfachhochschule in Altenholz studiert mit dem Abschluss als Diplom-Verwaltungswirtin (FH) 1992. Bis zu meiner Wahl in den Schleswig-Holsteinischen Landtag 2005 habe ich in leitender Funktion im Bauamt der Gemeinde Malente gearbeitet.

Seit meinem 16. Lebensjahr bin ich Sozialdemokratin. Meine ersten politischen Gehversuche unternahm ich in der Juso AG Eutin. Von 1993 bis 2003 folgten zehn spannende Jahre als Stadtvertreterin in Eutin und von 2003 bis 2005 als ostholsteinische Kreistagsabgeordnete.

In der SPD übernahm ich von 2002 bis 2009 Verantwortung unter anderem als Kreisvorsitzende der SPD Ostholstein.

Seit 2005 bin ich Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags. In der SPD-Landtagsfraktion gehöre ich als Vorsitzende des

Arbeitskreises Europa, Minderheiten und Bundesangelegenheiten dem Fraktionsvorstand an. Als europapolitische Sprecherin bin ich Mitglied des Europaausschusses und Mitglied der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee. Als einziges schleswig-holsteinisches Mitglied im Europäischen Ausschuss der Regionen bin ich regelmäßig in Brüssel.

Für die SPD-Landtagsfraktion bin ich zusätzlich für die Tourismuspolitik verantwortlich und damit auch Mitglied des Arbeitskreises Wirtschaft, Verkehr, Tourismus, Landesentwicklung und Digitalisierung. Ferner gehöre ich dem Fraktionsarbeitskreis Finanzen an.

Ehrenamtlich engagiere ich mich unter anderem als stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft für Politik und Bildung, dem Trägerverein der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente-Gremsmühlen und als stellvertretende Kreisvorsitzende der Europa Union Ostholstein. Wann immer es meine Zeit erlaubt, sortiere ich bei der Eutiner Tafel Lebensmittelspenden. Ich gehöre darüber hinaus vielen Vereinen an wie zum Beispiel der AWO, dem Trägerverein Gedenkstätte Ahrensböök, dem Frauennotruf Ostholstein und natürlich dem wunderbaren Kulturverein „Ascheberg rockt“.

**Ich bin Beate Raudies, und mein Wahlkreis liegt in Elmshorn und Umgebung. Ich bin verheiratet und habe einen Sohn. Ich bin auch Mitglied bei der Arbeiterwohlfahrt und seit mehr als 30 Jahren bei der Gewerkschaft ver.di. Außerdem bin ich seit 2018 Präses der Synode des Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreises Rantzau-Münsterdorf.**

Ich habe mich eigentlich immer schon für Politik interessiert. Deshalb bin ich 1985 in die SPD eingetreten und gehöre seitdem dem Ortsverein Elmshorn an. Hier bin ich übrigens 2017 zur Vorsitzenden gewählt worden. Seit 1990 hatte ich dann einen Sitz im Stadtverordneten-Kollegium von Elmshorn, seit 2000 als Fraktionsvorsitzende meiner Partei und seit 2008 als Vorsitzende des Hauptausschusses. Ich war auch Vorsitzende des Kulturausschusses und des Finanzausschusses sowie finanzpolitische Sprecherin meiner Fraktion.

Elmshorn ist meine Heimatstadt. Dort habe ich 1985 mein Abitur an der Elsa-Brändström-Schule gemacht. Danach begann ich ein Fachhochschulstudium zur Finanzwirtin bei der Hamburger Finanzverwaltung. Seit 1988 bin ich Diplom-Finanzwirtin. Meine Tätigkeit bei der Hamburgischen Steuerverwaltung hat mir immer Spaß gemacht. Als ich 2012 bei den Landtagswahlen ein Direktmandat errang, habe ich mich von der Behörde beurlauben lassen. Auch den Fraktionsvorsitz bei der Elmshorner Stadtfraktion habe ich abgegeben.

Ich bin sehr gerne Landtagsabgeordnete. In der vergangenen Legislaturperiode hat mich besonders die Tätigkeit im Friesenhof-Untersuchungsausschuss gefordert. Es war nicht immer leicht, die Zeugenaussagen und die Berichte aus den Akten persönlich zu verarbeiten.

Außerdem habe ich mich für die Feuerwehr als feuerwehrpolitische Sprecherin eingesetzt. Und ich war stellvertretende Vorsitzende des Bildungsausschusses. Bei den Landtagswahlen 2017 gelang es mir, wieder als Abgeordnete in den Landtag einzuziehen. Jetzt bin ich finanzpolitische Sprecherin meiner Fraktion und kümmere mich quasi als Gegenpart zu Finanzministerin Monika Heinold um den Finanzhaushalt. Weiterhin bin ich für alle Belange der Feuerwehr zuständig. Es freut mich sehr, dass die Wählerinnen und Wähler so viel Vertrauen in mich haben, und ich werde mich weiterhin für sie einsetzen.

### Mein Geheimtipp:

Ein Fahrradausflug zur Liether Kalkgrube. Die ehemalige Abbaugrube von Düngekalk ist heute als Naturschutzgebiet und Nationales Geotop unter Schutz gestellt und wird von der „Gemeinschaft zur Erhaltung von Kulturgut“ in Tornesch betreut.

Die Kalkgrube bietet einmalige geowissenschaftliche Schätze und einen Lebensraum für seltene Pflanzen und Tiere. Dort kann man die ältesten geologischen Gesteinsschichten des Norddeutschen Tieflandes sehen. Die sonst in etwa sieben Kilometern Tiefe zu findenden Schichten sind als Teil eines Salzstockes hier bis an die heutige Erdoberfläche aufgestiegen. Das Gebiet ist als Naherholungsgebiet ganzjährig öffentlich zugänglich, und im Eingangsbereich ist ein toller Findlingsgarten. Hier lässt es sich wunderbar picknicken!





NOVEMBER 1918

# Beginn der deutschen Demokratie







Bilder: Martin Rackwitz, Kiel 1918, Revolution-Aufbruch zu Demokratie und Republik, Kiel, 2018

v.l.n.r.: Schiffe im Kieler Hafen, 1918  
Gustav Noske spricht zu den Matrosen, 1918  
Matrosenrat, 1918  
Bildpostkarte (farbig), 1918

Am 1. November 1918 läuft das III. Geschwader aus Wilhelms-  
haven kommend in die Holtenauer Schleuse ein. Auf der Fahrt  
durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal waren etliche Matrosen  
als Aufrührer verhaftet worden. Sie hatten das Auslaufen zur See-  
schlacht gegen England verhindert; ein Selbstmordkommando,  
befohlen von der Admiralität ohne Wissen der Regierung, um die  
„Ehre“ der Marine zu wahren. Doch dafür wollten die Matrosen  
nicht sterben. Ohnehin führten die schlechte Versorgung, der  
unmenschliche Drill und die Arroganz vieler Offiziere immer  
wieder zu Konflikten an Bord. Unvergessen war die Erschießung  
der mutigen Matrosen Reichpietsch und Köbis im Jahr zuvor.  
In Wilhelmshaven nun wehrten sich die Matrosen, sie rissen die  
Feuer aus den Kesseln. Die Admiralität schickte, um die Lage zu  
beruhigen, das III. Geschwader zurück nach Kiel. Doch es kommt  
anders. Noch in der Kieler Schleuse verlassen etwa 200 Matrosen  
ihre Schiffe. Sie fordern die Freilassung ihrer Kameraden und eine  
bessere Versorgung. Im Kieler Gewerkschaftshaus trifft man sich  
mit den Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien.  
Als drei Tage später auf einer großen Demonstration die ersten  
Toten durch Militärsalven zu beklagen sind, solidarisiert sich  
die Kieler Arbeiterschaft mit den Soldaten. Jetzt wird der Auf-  
stand der Matrosen zur Revolution – ein historischer Moment.  
Ein Arbeiter- und ein Soldatenrat, die ersten in Deutschland,  
werden ernannt. Sie verhandeln nun mit Gouverneur Souchon  
und setzen eine „14-Punkte-Erklärung“ durch, die zur Amnestie  
der Kameraden führt. Doch die politischen Forderungen der  
Arbeiter gehen weiter: Frieden, Abdankung des Kaisers, freie  
Wahlen. Auf den Werften wird die Arbeit niedergelegt.  
Der Kieler Gouverneur lehnt eine gewaltsame Niederschlagung  
des wachsenden Aufstandes ab, und am 5. November wehen auf  
den Schiffen und auf dem Kieler Rathaus rote Fahnen. Auch auf

dem Kieler Schloss. Der Bruder des Kaisers flieht nach Eckern-  
förde – Sinnbild des Untergangs der Monarchie. Doch die Lage  
in Kiel bleibt angespannt. Gewehrfeuer in den Straßen, Gerüchte  
über Truppenaufmärsche, Maschinengewehre sind in Stellung  
gebracht. Es kommt zu weiteren Toten. Der aus Berlin gesandte  
MSPD-Reichstagsabgeordnete Noske verlangt von der Regierung  
die Abdankung des Kaisers und stabilisiert die verworrene Lage  
in der Stadt. Er will Ordnung, denn noch herrscht Krieg.  
Chaos, Mangelernährung und die fehlende Versorgung mit Wasser  
und Wärme prägen den Alltag ebenso wie die Trauer um die  
vielen Gefallenen. Gleichzeitig verlassen viele Matrosen und  
Soldaten die Stadt und fahren in ihre Heimatorte. So breitet sich  
die Revolution wie ein Lauffeuer aus.

Die scheinbar gottgegebene wilhelminische Welt löst sich  
überraschend schnell auf. Alles entscheidet sich am 9. No-  
vember in Berlin: Der Kaiser flieht in die Niederlande, und Ebert  
wird Reichskanzler. Gegen Mittag spricht Scheidemann (MSPD) am  
Fenster des Reichstags: „Die Monarchie ist zusammengebrochen.  
Es lebe die deutsche Republik!“. Nur wenige Stunden später ruft  
für die Spartakisten Karl Liebknecht die sozialistische Republik  
aus. Es zeigt sich, dass ein verbindendes politisches Konzept der  
Revolutionäre fehlt. Die MSPD setzt auf ihr immer gefordertes  
Modell einer demokratisch-parlamentarischen Republik. USPD,  
Spartakisten und die Gruppe der „Revolutionären Obleute“ sind  
uneins über ihren Weg. Und die Räte, oft willkürlich benannt und  
regional unterschiedlich, sehen sich meist nur als „Stellvertreter“  
bis zu einer vom Volk gewählten Nationalversammlung.  
Im November 1918 gründet sich der „Rat der Volksbeauftragten“  
(paritätisch von MSPD und USPD besetzt). Spätestens jetzt spalte-

te die „Bürde der Macht“ die revolutionären Kräfte.  
Klarheit soll der „1. Reichskongress der Arbeiter- und Soldaten-  
räte“ Anfang Dezember bringen. Er beschließt mit übergroßer  
Mehrheit die Wahl einer „Nationalversammlung“ und etliche  
Sozialisierungsmaßnahmen. Es wird eine Verfassung erarbeitet.  
Noch im Dezember verlässt die USPD unter Protest den „Rat der  
Volksbeauftragten“. Sie lehnt die Parlamentswahl ab. Insbeson-  
dere die neugegründete KPD – zahlenmäßig klein, aber überaus  
aktiv – vertritt radikale Ziele, sieht ihr Vorbild in Lenins Revoluti-  
on und spricht von „Verrat“. Im Januar 1919 kommt es zu schweren  
Kämpfen im Berliner Zeitungsviertel; bewaffnete Spartakisten  
besetzen den „Vorwärts“. In Bremen und in München rufen linke  
USPD-Anhänger und Kommunisten unabhängige Räterepubliken  
aus. In vielen Teilen des Landes kämpfen linksradikale Gruppie-  
rungen gegen die neue Reichsregierung, die sich mit Waffenge-  
walt und dem Einsatz nationalistischer Freikorps wehrt. Die Er-  
mordung von Luxemburg und Liebknecht erscheint als grausames  
Menetekel. Bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar  
1919 wird die MSPD mit Abstand die stärkste Partei. USPD und  
KPD erzielen bei allen Wahlen enttäuschende Ergebnisse. Und es  
bildet sich ein starker konservativ-nationaler Block im Parlament.

Als Ebert im Februar 1919 den Entwurf einer Reichsver-  
fassung abzeichnet, ist nicht nur für ihn die Revolution  
beendet. Die Mehrheitssozialdemokraten haben erreicht, was  
sie ersehnten: eine Demokratie mit fortschrittlicher Verfassung,  
die Republik, ein Parlament, ein freies, allgemeines und gleiches  
Wahlrecht, eine Regierung, die dem Volk verantwortlich ist und  
nicht zuletzt das Ende des Krieges. Das ist ein politischer System-  
wechsel; ein radikaler Bruch, wie ihn die deutsche Geschichte

bis zu diesem Zeitpunkt nicht kannte. Das ist revolutionär.  
Demokratiethoretisch war mit der Verfassung eine Grundlage  
geschaffen, auf der sich die junge Republik festigen könnte.  
Von der Revolutions- zur Gestaltungsphase zu gelangen aber  
erwies sich als politisch schwierig. Die heftigen Angriffe von  
Links- und Rechtsradikalen („Kapp-Lüttwitz-Putsch“) auf die  
Demokratie erschüttern noch bis zum März 1920 das Land.  
Weite Teile des Bürgertums, der Kirchen und der Verwaltungen  
verweigern der ungeliebten Regierung die Unterstützung.  
Und die Generäle Ludendorff und Hindenburg, die den Krieg  
gewollt und verloren haben, verkünden mit der sog. „Dolch-  
stoßlegende“ („im Felde unbesiegt“) eine der perfidesten  
Verschwörungstheorien aller Zeiten. Der Vertrag von Versailles  
wird als „Schandfrieden“ verunglimpft. Auch politische Fehlent-  
scheidungen, wie der Verzicht auf eine republikanische Armee,  
die ausgebliebene Reform der Wirtschaft und die Kooperation  
mit nationalistischen Militärs, belasten das neue System.  
Und aus Untertanen werden nicht über Nacht freie Bürgerinnen  
und Bürger. Doch belegt die historische Forschung heute,  
dass die Errungenschaften der Revolution vom November 1918  
nicht durch das Scheitern von „Weimar“ und die Schatten des  
Jahres 1933 verdeckt werden dürfen. Die Mühe der differenzierten  
Betrachtung beweist, dass der Wechsel von der Monarchie zur  
ersten deutschen Demokratie vor 100 Jahren eindrucksvoller Teil  
der Freiheits- und Demokratiegeschichte Deutschlands ist.

– ROLF FISCHER





**Mein ganz besonderes Fundstück ist die Natur,** das Meer, der Wald in Ostholstein. Da bin ich gerne unterwegs. Schleswig-Holstein hat davon viel zu bieten. Das zu schützen, zu bewahren und zu mehr ist mir wichtig. Ich möchte, dass meine Tochter in einer Welt leben kann, in der dieses selbstverständlich ist.



**Politik ist für mich, das Bestehende täglich zu verbessern und für die Zukunft zu denken. Das erreichen wir mit Mut zu guten Lösungen für alle Menschen. Das viele Jammern, Zaudern und Zerreden hilft niemandem.**

– SANDRA REDMANN

**Mein Lebensmittelpunkt ist Ostholstein – das war so und wird sich wohl auch nicht ändern. Kindheit, Jugend, Ausbildung und Ehrenamt haben sich hier abgespielt, und als Politikerin setzt sich dieser Bezug durch den persönlichen Wahlkreis auch heute noch fort.**

Politisch hat sich mein Weg von Familie und Soziales Stück für Stück in Richtung Umwelt und Naturschutz entwickelt. Das finde ich passend, denn beide Bereiche brauchen tagtäglichen Schutz: Es gibt einfach immer noch zu viele rückwärtsgewandte Kräfte, die Kindern und Jugendlichen, schwächeren Menschen, der Natur und der Umwelt insgesamt nicht ausreichend schützend gegenüberstehen. Ich kann nicht verstehen, warum einige Menschen anderen nicht die gleichen Rechte zusprechen, die sie für sich selbst einfordern. Ebenso unbegreiflich ist mir,

warum einige Menschen den nachfolgenden Generationen eine zerstörte Umwelt hinterlassen wollen.

Unsere Aufgabe ist es, Antworten und Lösungen aufzuzeigen, wie man Dinge zum Positiven verändert, klar benennt und auch konstruktiv dafür streitet.

Für ein politisches Mandat sind für mich zwei Dinge unerlässlich: die Bereitschaft, viel Zeit zu investieren und Freude daran zu haben, mit und für Menschen zu arbeiten. Ach ja, das dritte und vierte sind dann noch Ausdauer und ein dickes Fell. Wahrscheinlich ist der Wolf deshalb mein Lieblingstier.

**Seit dem Jahr 2000 vertrete ich Lübecker Interessen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.**

Um Politik machen zu können, ist nicht nur Fachverstand erforderlich. Er muss mit einer Haltung verbunden sein, sonst bleibt Politik beliebig. Grundlegend für so eine Haltung ist die persönliche Entwicklung. Ich bin in den vielzitierten „kleinen Verhältnissen“ aufgewachsen. Hinzu kommt, dass ich im roten Jahrzehnt dieser Republik, den 70er Jahren, groß geworden bin. Dies – gepaart mit meinem Interesse für Geschichte – ergab für mich eigentlich nur den einen Weg in die Politik.

Meine politische Arbeit begann mit meiner Ausbildung. Erst Mitglied der Gewerkschaft ÖTV, dann der Partei, der SPD. Mein Schwerpunkt war in jungen Jahren aber die Gewerkschaftsarbeit. Ich habe dort viele Funktionen wahrgenommen. Später stieg ich nach und nach mehr in die Parteiarbeit ein.

1959 wurde ich in Lübeck geboren. Dort bin ich aufgewachsen. Seit 1998 bin ich verheiratet. Nach dem Schulbesuch – Mittlere Reife an der Realschule in Lübeck-Schlutup – machte ich eine Verwaltungsausbildung bei der Hansestadt Lübeck, war dort einige Jahre, unterbrochen vom Zivildienst in einem Alten- und Pflegeheim, tätig.

Nach dem Studium auf dem zweiten Bildungsweg arbeitete ich in der Innenbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg. Dort habe ich die Themen der inneren Sicherheit hautnah kennenlernen dürfen: von der Personalbemessung bei der Feuerwehr bis zu Fragen des Polizeirechts. Und ich halte es nach wie vor für richtig, dass Sozialdemokraten dieses Politikfeld nicht den Rechten überlassen, sondern versuchen, hier

**Ich lebe gern in Lübeck.** Hier bin ich aufgewachsen, hier kenne ich mich aus. Die Ostsee ist immer wieder ein wunderbares Ziel, um abzuschalten, um zu entspannen. Das ist eine Fahrt auf der Trave, ein Bummel durch Travemünde, eine Radtour oder ein langer Spaziergang am Brodtener Ufer, dem schönsten Ort in meinem Wahlkreis.

Bürgerrechte und Sicherheitsbedürfnisse in Gleichklang zu bringen.

1992 wurde ich Geschäftsführer der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Geblieben ist aus dieser Zeit vor allem meine Hochachtung für diejenigen, die ehrenamtlich Kommunalpolitik gestalten – sie leisten eine großartige Arbeit.

Meine jetzigen Arbeitsschwerpunkte liegen in der Finanz- und der Innenpolitik.

Meine Freizeit verbringe ich gern mit meiner Frau in unserem Reihenhäuschen. Dort beschäftigt mich der kleine Garten und unsere beiden Katzen Lucy und Sven. Ich lese gerne und viel – meist Bücher mit geschichtlichem Hintergrund oder die Comics aus Entenhausen – und freue mich, wenn ich mal Zeit zum Kochen habe, um Rezepte auszuprobieren.



**Politisch verantwortungsbewusstes Denken und Handeln bedeutet für mich die Herstellung von Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit und das Bekenntnis zur einer öffentlichen Daseinsvorsorge, Wirtschaftsunternehmen in öffentlicher Hand und unter öffentlicher Kontrolle.**

– THOMAS ROTHER







# Mein Vater hat mir beigebracht, Menschen nicht danach zu beurteilen, was für Titel sie haben, was sie sind, sondern nach dem, was sie können.

– RALF STEGNER

**Ich habe selbst Aufstieg durch Bildung erfahren dürfen, habe gelernt, was man mit harter Arbeit erreichen kann. Ich war nicht privilegiert oder hatte die finanziellen Möglichkeiten, einfach so zu studieren. Die Stipendien, die ich bekommen und mir durch Fleiß erarbeitet habe, spielen in meiner Biografie eine wichtige Rolle. Sie ermöglichten mir das Studium in Freiburg und den USA – ich hatte sicherlich viel Glück im Leben.**

Mein Empfinden für soziale Ungerechtigkeit entdeckte ich mit zehn Jahren. Im Elternhaus wurde nie drüber gesprochen, aber es war für mich klar und ungerecht: Als ich nach der Grundschule aufs Gymnasium gehen durfte, konnte ich nicht in Rheinland-Pfalz die weiterführende Schule besuchen – es gab dort 1969 noch keine Lehrmittelfreiheit. Also musste ich auf die andere Rheinseite nach Mannheim – diese Empfindung trage ich bis heute in mir.

Ich habe sehr bittere Stunden miterlebt. Die Nichtwahl von Heide Simonis und der Rücktritt meines ersten Chefs, Günther Jansen, haben mich sehr bewegt. Die schönen Momente haben jedoch bei weitem überwogen. Im Alter von 35 Jahren von Heide zum Staatssekretär ernannt zu werden, war sensationell für mich. Ich habe auch in der Folge meine Ämter immer unglaublich gerne ausgeübt, als Minister, Landesvorsitzender, stellvertretender Parteivorsitzender und als Fraktionsvorsitzender, der ich bereits seit mehr als zehn Jahren bin.

Wenn man sehr lange Politik macht, läuft man Gefahr, sich ein Stück vom normalen Leben zu entfremden. Ich denke, das ist bei mir weniger als bei anderen der Fall. Und das hängt mit Sicherheit mit meiner Frau und meinen drei Söhnen zusammen. Sie bedeuten für mich Erdung.

Gemeinsam mit vielen anderen in der SPD bin ich zutiefst davon überzeugt, dass nur eine sozial gerechte Gesellschaft eine lebenswerte und wirklich zukunftsfähige Gesellschaft ist. Soziale Gerechtigkeit ist das beste Mittel gegen all die Kräfte, die derzeit versuchen, unsere Gesellschaft auseinanderzutreiben. Wir dürfen nicht bequem werden, sondern müssen jeden Tag ran an die alltäglichen Probleme und das Leben Stück für Stück besser machen. Darum bin ich in der Politik.



**Ich mag gute Musik quer durch alle Genres. Jeden Morgen gibt's von mir bei Facebook einen Musiktipp. Mal mit politischem Hintergrund, mal passend zum Tagesplan – aber immer mit spannenden Künstlern. Ein großer Kinogänger bin ich nicht, dafür aber ein großer Tatort-Fan. Ich habe nahezu alle Tatort-Folgen auf DVD, der Sonntagabend ist für mich ein Pflichttermin. Auch für gute Bücher nehme ich mir gerne Zeit, z. B. Krimis, Biographien oder historische Romane.**



# Ich möchte Teil einer Partei und Gesellschaft sein, die Gerechtigkeit als Maßstab ihres Handelns setzt und nicht ausgrenzt. Politikverdrossenheit entsteht nicht von ungefähr, und Teilhabe ist noch lange kein Selbstläufer!

– ÖZLEM ÜNSAL



**Zu meinen größten Leidenschaften gehören weiterhin Musik, Tanz und Filmproduktionen durch alle Genres. Meine Begeisterung für Kino und Dokumentarfilm führte vor Jahren auch dazu, dass ich mich für die öffentliche Hand als Sachverständige für den Jugendschutz engagierte, um Kinoproduktionen, Trailer, Werbefilme oder auch DVDs auf die FSK-Freigabe zu prüfen.**

**Als Schleswig-Holsteinerin ist es mir eine Herzensangelegenheit, an der Zukunft unseres Landes gestaltend mitzuwirken. Dieses Anliegen zieht sich auch durch meine gesamte Biografie. Seit meiner Schulzeit setze ich mich für politische Teilhabe und aktive Beteiligung ein – angefangen als Schüler- und Studentenvertreterin, als Bildungspatin für benachteiligte Familien und später als langjährige Vorsitzende des Forums für Migrationsfragen im Kieler Rathaus.**

Rückhalt, Mut und die Kraft zum Engagement habe ich sehr früh als (Gast-) Arbeiterkind mit auf den Weg bekommen. Als Tochter eines Werftarbeiters und einer begabten Mutter, die das Lesen und Schreiben erst sehr spät erlernen durfte, habe ich sehr früh verstanden, was es

für Eltern bedeutet, für die Bildung ihrer Kinder zu kämpfen. Ich mache mich deshalb dafür stark, dass alle gleiche Startchancen erhalten, unabhängig davon, woher unsere Eltern kommen, wie viel Geld sie verdienen oder in welchem Stadtteil wir aufwachsen. Dies bedeutet auch, andere von guter und erlebbarer Politik zu überzeugen und mitzunehmen. Ich möchte, dass Politik die vielfältigen Menschen in ihrem Alltag anspricht und zur Verbesserung ihrer unterschiedlichen Lebenslagen beiträgt.

Ich lebe seit 1997 in meiner Wahlheimat Kiel und bin hier fest verwurzelt. In der Zeit von 1997 bis 2003 habe ich das Studium der Politikwissenschaften, Soziologie und Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel absolviert. Meine beruflichen Erfahrungen konnte ich insbesondere über meine langjährigen Tätigkeiten in der freien Wirtschaft, im Bildungs- und Sozialbereich und in der Wissenschaft sammeln. Neben meinem Vorsitz der türkischen Studierendenvereinigung Ende der 90er und der Gründung einer Politologenvereinigung war ich von 2011 bis 2014 Mitglied im Beirat des Instituts für Genderforschung und Diversity an der Fachhochschule Kiel und Sachverständige für den Jugendschutz des Landes Schleswig-Holstein.

Zuletzt und bis zum Direkteinzug in den Landtag war ich als Referentin und stellvertretende Referatsleiterin im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein und als führende Kommunalpolitikerin der SPD Kiel tätig. Als Schirmherrin des Arbeitskreises für Kriminalitätsverhütung Mettenhof, Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen und langjährige Sprecherin des Frauenbündnisses Kiel, einem Verbund von über 40 Kieler Institutionen, mache ich mich bis heute für besondere Zielgruppenbelange stark. In dieser gesamten Zeit habe ich vielfältige persönliche, berufliche und politische Erfahrungen gesammelt und starke Netzwerke geknüpft, von denen meine politische Arbeit bis heute sehr profitiert. Näheres über mich findet Ihr auch unter: [spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Özlem\\_Ünsal](http://spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Özlem_Ünsal)



# Kampf gegen Rechtsextremismus – *leider wieder aktuell*

**Als 1996 die Rechtsextremen von DVU/ DLVH aus unserem Landtag flogen, hatten wir gehofft, dass sich rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Parteien mehr etablieren würden. Heute wissen wir es besser. Die AfD ist die drittstärkste Kraft im Bundestag – in manchen Ländern stärker als die SPD –, und ist in alle Landtage eingezogen. Bei der Landtagswahl im Mai 2017 hat sie es ganz knapp mit 5,9 Prozent geschafft, aber das reichte, um sowohl eine Fortsetzung der Küstenkoalition als auch eine CDU-/FDP-Koalition zu verhindern.**

Die AfD hat viele Mitglieder und Politiker, die Rechtsextremisten sind. Und diese Partei trägt Positionen in die „etablierte Politik“ hinein, die von außerparlamentarischen rechtsextremen Initiativen wie PEGIDA, der Identitären Bewegung oder anderen Einflüsterern der Neuen Rechten formuliert werden. Gemeinsam spalten sie die Gesellschaft, indem sie Geflüchtete gegen sozial Schwächere ausspielen und so tun, als tausche eine nicht näher definierte Elite gerade die Bevölkerung gegen Muslime aus.

Die Ereignisse in Chemnitz im August 2018 sind nicht nur für Sachsen eine schwere Belastung, sondern für ganz Deutschland. Es ist Aufgabe von Polizei und Justiz, das dort begangene Tötungsverbrechen aufzuklären und zu bestrafen. Dieser rechtsstaatliche Grundsatz wird aber von den Rechten nicht akzeptiert. Die Geflüchteten werden von ihnen in Kollektivhaftung für die Untaten einzelner genommen, aber von den Verbrechen, die an Ausländern nur deswegen verübt

werden, weil sie Ausländer sind, ist bei ihnen nie die Rede.

Das bevorzugte Mittel der AfD liegt in Tabubrüchen. Der Parteichef Gauland – ein ehemals führender CDU-Politiker, der das politische Geschäft sehr genau kennt – wollte eine SPD-Politikerin türkischer Abstammung „in Anatolien entsorgen“, oder er nannte die Nazidiktatur einen „Vogelschiss in der Geschichte“, um diese Äußerungen dann als „missverstanden“ zu relativieren, so wie der Thüringer Landesvorsitzende Höcke, als er vom Holocaustmahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ sprach. Das sind keine Versprecher, sondern kalkulierte Tabubrüche, die den rechtsextremen Diskurs in die Gesellschaft hineintragen.

Die SPD akzeptiert das niemals. Sie steht für die Traditionen des demokratischen, anständigen Deutschlands, das aus seiner Geschichte gelernt hat und für das Demokratie und Menschenwürde nicht zur Disposition stehen.

Natürlich sind nicht alle, die ihr Kreuz bei der AfD machen, Rechtsextreme und Neonazis. Viele haben früher regelmäßig uns gewählt, haben aber das Vertrauen darin verloren, dass die SPD heute noch ihre Interessen vertritt. Wir müssen deshalb täglich daran arbeiten, diese Leute wieder zu erreichen und ihnen deutlich zu machen, dass die Scheinalternativen der Rechten ihnen nichts nützen, sondern ihren Interessen schaden. Es ist kein Zufall, dass sich die AfD zwar zu nahezu allen Politikfeldern positioniert hat,

nur nicht zur Sozialpolitik, wo sie noch keinen erkennbaren Kurs zwischen Neoliberalismus und Sozialdemagogie gefunden hat.

Die demokratischen Landtagsfraktionen haben bisher ihre Linie durchgehalten, die AfD rechts liegenzulassen. Es gibt keine gemeinsamen Anträge mit der AfD. Wir setzen ihren Anträgen Alternativen

*„Es ist kein Zufall,  
dass sich die  
AfD nicht in der  
Sozialpolitik  
positioniert.“*

träge entgegen und greifen so berechnete Anliegen auf. Wir lassen die AfD nicht ihre Opferrolle spielen, die sie so meisterhaft beherrscht: hier die „wahren“ Volksvertreter von der AfD und dort die elitären „Altparteien“.

Unsere Abgeordneten weisen bei jeder Debatte über Anträge der AfD auf deren eigentliche politische Stoßrichtung hin, auf Spaltung, Ausgrenzung und Diskriminierung. Dabei können wir aber nur erfolgreich sein, wenn die demokratische Zivilgesellschaft ihre Aktivitäten fortsetzt. [Die Demonstrationen in Kiel und in vielen anderen Städten für eine weltoffene Gesellschaft stimmen uns mutig, dass dieses Land sich seine Politik nicht von Rechtsaußen diktieren lassen will.](#)

Jo Kley: Verbunden / Märtyrerweg (Foto: KUNST@SH/Jan Petersen)

**Der Stein scheint aus dem Boden zu wachsen.** Nach oben hin wickeln sich polierte Bänder zunehmend fester um den Stein und verbinden sich immer mehr. Die [Stele Verbunden](#) erinnert an vier Lübecker Geistliche, die während des Nationalsozialismus gemeinsam für ihren Glauben einstanden: die drei katholischen Kapläne Eduard Müller, Johannes Prassek und Hermann Lange sowie der evangelische Pastor Karl Friedrich Stellbrink. Im Jahr 2013 schufen in Lübeck vier Künstler im Rahmen des 14-tägigen Bildhauersymposiums „Kreuzwege“ für den bereits existierenden Kreuzweg und den neu entstandenen Märtyrerweg acht Skulpturen.

*Jo Kley: Verbunden / Märtyrerweg (Granit, 2013).  
Propsteikirche Herz Jesu, Parade 4,  
23552 Lübeck.*





**Nichts ist mir wichtiger als meine Familie.** Die Leidenschaft für Autos teilt Tim – und Lisa die für Politik mit mir. Anne erdet mich und treibt mich an, so wird es nie langweilig. Joggen, Fitness, Ski laufen, tauchen, kochen, lesen und die ganze Welt bereisen, das bin ich auch. Wer die weite Welt kennenlernt, erkennt auch, wie toll es ist, hier in Schleswig-Holstein zu leben.



## Meine Eltern haben mich gut starten lassen, da hatte ich Glück. Glück darf aber nicht der Grund für den eigenen Erfolg sein.

– KAI VOGEL

**Sven war mein bester Freund in den ersten Schuljahren. Schwierigkeiten in der Schule waren auch ein Grund für sein viel zu kurzes Leben. Ich bin mir aber sicher, sein Leben wäre anders verlaufen, hätte er eine glücklichere Schulzeit gehabt. Jeder von uns hat bessere und schlechtere Phasen, doch diese dürfen nicht bereits in den ersten Lebensjahren über Auf- und Abstieg entscheiden. Eine gute Schule muss es schaffen, dass Kinder und Jugendliche auch trotz schwacher Leistungsphasen einen wirklich guten Schulabschluss erlangen können. Deshalb engagiere ich mich seit den 90ern in der Bildungspolitik.**

Vermutlich bin ich auch deshalb Lehrer geworden, weil viele Jahre meiner Schulzeit von Druck und der Angst, es nicht zu schaffen, geprägt waren. Schule muss individuell auf jeden Jugendlichen eingehen.

Nicht jeder kann Abitur machen, aber jeder sollte die gleiche Chance erhalten. Als stellvertretender Schulleiter hatte ich später die Möglichkeit, eine Schule mit aufzubauen und die Grundlagen erfolgreicher Bildung zu ermöglichen. Wenn mir ehemalige Schüler dankbar sind, dass ich sie nicht in einem Schuljahr aufgegeben habe, weiß ich, dass gute Schule und gute Lehrkräfte entscheidend sind. Vermutlich bin ich deshalb auch in die Lehrerfortbildung gegangen, weil ich vielen anderen Schulen bei der Ausrichtung helfen konnte.

Zu wenige Lehrkräfte und zu große Klassen blockieren gute Bildung. Deutlich mehr Lehrkräfte an die Schulen zu bekommen, führte mich dann in die Landespolitik. Heute lebe ich mit meiner Familie in Pinneberg. Wer in Hamburg arbeitet und in Schleswig-Holstein wohnt, für den

existieren keine Landesgrenzen. Auto-kennzeichen dürfen aber auch nicht über Lebensperspektiven entscheiden. Guter ÖPNV, gute Straßen und Radwege sind Grundlage für Mobilität, aber auch für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Aber auch die gute Zusammenarbeit mit Hamburg ist für Schleswig-Holstein existenziell. Dafür setze ich mich ein.



**Als kriminalpolizeiliche Jugend-sachbearbeiterin habe ich viele kriminelle Jugendkarrieren erlebt. Immer wieder wurde mir deutlich, dass ungleiche Chancenverteilung oft zu gebrochenen Biografien führt. Das war einer der tragenden Gründe für mich, in die SPD einzutreten und mich politisch zu engagieren.**

– KATHRIN WAGNER-BOCKEY

**Ich bin im Februar 1968 geboren und in der Elbmarsch im Landkreis Harburg aufgewachsen. Mein Zuhause war eine Polizeistation, genauer gesagt, die Polizeiaußenstelle Marschacht. Mein Vater war bis zu seiner Pensionierung Polizist und verantwortlich für den Einzelposten und „seine Bürger“. In meinen ersten zehn Lebensjahren befand sich bei uns auf der Diele eines alten Bauernhauses das Vernehmungszimmer meines Vaters. Direkt angrenzend lagen unsere Kinderzimmer, genauso wie das Wohnzimmer und die Küche.**

Von frühester Kindheit an war ich es gewohnt, dass zu jeder möglichen und unmöglichen Zeit Menschen mit verschiedensten Anliegen im Arbeitszimmer unseres Vaters saßen. Strafanzeigen wurden dort nicht selten mit Blick auf unsere herumliegenden Spielzeugbagger und Puppen erstattet. Einen wirklichen, verlässlichen Feierabend gab es für unsere gesamte Familie nicht.

Engagement für das Gemeinwohl, in Notsituationen zu helfen und der Gerechtigkeit „auf den Weg zu helfen“ – das waren und sind meine Beweggründe, zur Polizei zu gehen, aber auch Politik zu machen. In fast 30 Jahren bei der Hamburger Polizei habe ich früh gelernt, dass soziale Defizite und Chancenungleichheit vielfältige Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben. Es ist mir deshalb ein besonderes Anliegen, dass niemand ausgegrenzt wird – unabhängig von seiner Herkunft oder seinem sozialen Stand. Die derzeitigen Bemühungen von Demokratieverächtern, unser Land schlecht zu reden und Menschen auszugrenzen, erfüllen mich mit Sorge. Hetze und Demagogie, die sich im Land von ganz rechts bis in die Mitte ausbreiten, fressen an der Substanz unseres Rechtsstaats.

Der SPD-Politiker Otto Wels musste nach seiner letzten Rede im Reichstag ins Ausland flüchten. Bis zu seinem Lebensende, das er im Exil erlebte, war er ein Kämpfer für die Demokratie. Sein Lebensweg und seine Haltung haben mir schon als Schülerin sehr imponiert. Diese Bewunderung hält bis heute an. Sie ist und bleibt Ansporn, mich für die Werte der Demokratie einzusetzen und sie zu verteidigen.



**Die Elbe ist das blaue Band, das sich durch mein Leben zieht. Hier bin ich groß geworden. Ich liebe es, am Elbstrand zu sitzen und zu lesen, in der Beach Lounge vom Strandkorb in den Sonnenuntergang zu schauen oder frühmorgens am Elbewanderweg zu joggen. Lieblingsbuch: „Sarahs Schlüssel“ von Tatiana de Rosnay, Lieblingessen: Lammfilet mit Rosmarinkartoffeln und Broccoli (italienische Art) oder auch mal Grützwurst mit Pellkartoffeln und Apfelkompott, Lieblingsmusik: „With or without you“ von U2, „Wire to Wire“ von One Republic „Take me to Church“ von Hozier**



# Auch RentnerInnen müssen eine Steuererklärung abgeben. *Warum eigentlich?*

VON BEATE RAUDIES

*„Mit dem Vorschlag der SPD könnte die Jamaika-Koalition nun endlich etwas für den Bürokratieabbau tun und die Seniorinnen und Senioren im Land wirklich entlasten.“*

Die Rentenversicherungsträger übermitteln alle relevanten Daten schon seit Jahren elektronisch an die Finanzämter. Daher könnte die Finanzbehörde die Einkommensteuer in vielen Fällen selbst festsetzen. Das ist in Mecklenburg-Vorpommern schon üblich. Dort gilt: Wer ausschließlich von der Rente lebt, darf freiwillig auf die Abgabe einer Steuererklärung verzichten.

Die Steuerverwaltung Mecklenburg-Vorpommern wendet im Rahmen eines Pilotprojektes das sogenannte Amtsveranlagungsverfahren für Steuerklärungen von Rentnerinnen und Rentnern an. Dabei kann das Finanzamt die Einkommensteuer eigenständig festsetzen, wenn ausschließlich Einkünfte aus Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherungsträger, der landwirtschaftlichen Alterskassen, der berufsständischen Versorgungskassen, von Pensionsfonds oder Pensionskassen oder von Versicherungsunternehmen erzielt und auf die Abgabe einer Steuererklärung ausdrücklich verzichtet wurde. Da die Höhe der Rentenbeträge vom Rentenversicherungsträger gemäß Paragraf 22a Einkommensteuergesetz elektronisch an das Finanzamt übermittelt wird, kann die Steuerfestsetzung allein anhand der übermittelten Daten erfolgen.

Dieses Verfahren wird vielfach als echte Entlastung empfunden und wird in Mecklenburg-Vorpommern bereits in 700 Fällen genutzt. Derzeit ist es jedoch noch nicht möglich, mit diesem vereinfachten Verfahren in Papierform vorliegende Bestätigungen über Spenden und haushaltsnahe Dienstleistungen steuermindernd geltend zu machen. Daher wird die Landesregierung aufgefordert, einer entsprechenden Initiative aus Mecklenburg-Vorpommern zu folgen und das Amtsveranlagungsverfahren zusammen mit dem Bund und den anderen Bundesländern entsprechend weiterzuentwickeln. Dieses Thema wird nun im Finanzausschuss beraten werden.

Die Jamaika-Koalition redet in Sonntagsreden gern viel von Bürokratieabbau, Digitalisierung und Service für die Bürger. Echte Erfolge muss man aber mit der Lupe suchen. Mit unserem Vorschlag könnte die Jamaika-Koalition nun endlich etwas für den Bürokratieabbau tun und die Seniorinnen und Senioren im Land wirklich entlasten. Es spricht nichts dagegen!



## Nur wenn ich mitmache und mich persönlich mit allen meinen Fähigkeiten einbringe, kann ich Gesellschaft gestalten.

– STEFAN WEBER

Geboren und aufgewachsen bin ich in Hamburg Poppenbüttel und war bis 2017 Angestellter im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg beim Landesbetrieb Erziehung und Beratung. Dort leitete ich die Jugendhilfeeinheit West (Altona/Eimsbüttel).

Seit über 20 Jahren bin ich mit meiner Frau Martina glücklich verheiratet, und wir leben mit unseren zwei Töchtern Ronja und Madita seit 1996 im Kreis Segeberg in dem wunderschönen Ort Sievershütten.

Ich habe eine abgeschlossene Berufsausbildung als Einzelhandelskaufmann und bin staatlich anerkannter Erzieher. Berufsbegleitend habe ich als Vollzeitstudium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Soziologie (Abschluss als Diplom-Sozialwirt) und an der Universität Hamburg Kriminologie studiert.

In einem weiteren berufsbegleitenden Abendstudium habe ich mich zum Sozial- und Gesundheitsmanager weitergebildet. Seit Mai 2017 bin ich Landtagsabgeordneter in der SPD-Fraktion.

Als justizpolitischer sowie medien- und netzpolitischer Sprecher bin ich Mitglied im Innen- und Rechtsausschuss. Des Weiteren vertritt ich die Fraktion als ordentliches Mitglied im Petitionsausschuss und als stellvertretendes Mitglied im Agrar- und Umweltausschuss sowie im Finanzausschuss.



Der Platz, an dem ich mich am liebsten entspanne, ist in unserem Garten und hier, ganz norddeutsch, im Strandkorb. Am besten mit einem Glas Rotwein und einem guten Buch. Zurzeit sind es die Fälle von „Bruno, Chef de police“ geschrieben von Martin Walker, bei denen ich gut abschalten kann. Leider ist der Platz im Strandkorb in unserer Familie sehr beliebt, und ich muss richtig schnell sein, wenn ich dort relaxen will, wie man hier sieht. Um dann doch noch unseren Strandkorb zu genießen, muss mindestens fünf Minuten gekrault werden.



# Matjes nach Hausfrauenart (am liebsten mit Bratkartoffeln)



LIEBLINGSREZEPT  
VON HEIDE SIMONIS

## Zutaten

8 Matjesfilets  
3 Äpfel  
3 bis 4 Zwiebeln  
5 bis 6 kleine Gewürzgurken (etwa 150 g)

## Für die Marinade:

400 g saure Sahne (10%)  
125 ml Milch  
4 EL Gewürzgurkensud aus dem Glas  
3 EL Weißweinessig  
1 TL Zucker  
frisch gemahlener weißer Pfeffer  
2 bis 10 Pfefferkörner  
5 Pimentkörner  
5 Wacholderbeeren  
2 Lorbeerblätter  
2 Gewürznelken

Dill oder Petersilie zum Garnieren

- 1 Die Matjesfilets säubern, trocken tupfen und in drei Zentimeter große Stücke schneiden.
- 2 Danach die Äpfel schälen, in Achtel teilen und das Kerngehäuse entfernen. Die Apfelstücke quer in feine Scheiben schneiden.
- 3 Die Zwiebeln schälen, in feine Ringe hobeln und die Gewürzgurken in dünne Scheibchen schneiden.
- 4 Die Milch mit der sauren Sahne in einer Schüssel verrühren. Den Gewürzgurkensud, den Zucker, den Essig und den frisch gemahlene Pfeffer unterrühren und die Marinade pikant abschmecken.
- 5 Die Piment- und Pfefferkörner, die Wacholderbeeren, Lorbeerblätter und die Nelken dazugeben.
- 6 Die Matjesstücke, Apfelscheibchen und Zwiebelringe zugeben und unterheben.

Danach die Matjes zugedeckt im Kühlschrank zwei Tage durchziehen lassen. Mit Dill oder Petersilie garnieren und mit Bratkartoffeln servieren.

## Wir haben Kitas gebaut, jetzt müssen die Beiträge fallen!

Ein Interview mit SERPIL MIDYATLI über Beitragsfreiheit in Kitas.

**Scheinbar sind sich doch alle einig: „Kinder sind unsere Zukunft“. Trotzdem sorgt die Kita-Politik regelmäßig für Zoff zwischen der SPD und der Regierungskoalition. Warum eigentlich?**

Kindertagesstätten sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein die erste Bildungseinrichtung für Kinder. Wir denken unsere Kita-Politik immer im Dreiklang: 1. Ausbau der Kinderbetreuung, 2. gute Qualität und 3. Beitragsfreiheit. Die SPD ist die einzige Fraktion im Landtag, die Beitragsfreiheit bei den Kita-Gebühren fordert.

**Was genau meint die SPD mit Beitragsfreiheit?**

So wie die anderen nördlichen Bundesländer wollen wir zunächst die Kinderbetreuung in der Grundversorgung, das sind 5 Stunden am Tag, beitragsfrei stellen. Langfristiges Ziel ist eine kostenlose Ganztagsbetreuung wie in Berlin.

**Die SPD hat bis letztes Jahr in Schleswig-Holstein regiert. Trotzdem sind andere Bundesländer viel weiter.**

Das stimmt. Wir mussten nach dem Rechtsanspruch für Krippenbetreuung ab 2013 zunächst den Ausbau von Kita-Plätzen vorantreiben. Es gab kaum Krippenplätze

in Schleswig-Holstein. Der Nachholbedarf war überall groß. Dies ist uns in Zusammenarbeit mit den Kommunen hervorragend gelungen. Das führte dazu, dass Schleswig-Holstein unter den westdeutschen Bundesländern den stärksten Ausbau in den letzten Jahren geschafft hat. Gleichzeitig haben wir die Qualität in den Kitas weiter verbessert und mit dem Kita-Geld für Krippenkinder den Einstieg in die Beitragsfreiheit geschaffen. Jetzt muss mit den Haushaltsüberschüssen die Beitragsfreiheit für Kita-Plätze folgen.

**Warum geht es jetzt so schleppend voran?**

Ganz einfach: weil die Jamaika-Koalition die Beitragsfreiheit blockiert. Die Entlastung der Eltern spielt bei dieser Koalition keine Rolle, stattdessen werden andere Prioritäten gesetzt. Die Haushaltsüberschüsse des Landes sind historisch hoch. Trotzdem sinken die Beiträge für die Eltern nicht – im Gegenteil, in vielen Kommunen werden die Beiträge sogar noch weiter erhöht.

**Kurzer Blick in die Zukunft: Wie stellt sich die SPD die Kita im Jahr 2025 vor?**

Jedes Kind soll nach seinen Bedürfnissen einen guten Kita-Platz erhalten, ohne Wartezeiten. Die Kita ist kostenlos für die Familien, auch das Mittagessen dort.

Die Erzieherinnen und Erzieher sind glücklich bei ihrer Arbeit mit den Kindern und können ihre eigenen Ansprüche an ihre Arbeit gerecht werden. Die Kita-Öffnungszeiten orientieren sich an der Lebensrealität der Familien. Die Kita 2025 ist inklusiv und bereitet die Kinder optimal auf ihren Schulstart vor.



# Ihre Fraktion im Landtag

## SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

ADRESSE Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel  
TELEFON +49 431 988 13 12  
TELEFAX +49 431 988 13 13  
WEB [www.spd-fraktion-sh.de](http://www.spd-fraktion-sh.de)  
E-MAIL [info@spd.ltsh.de](mailto:info@spd.ltsh.de)  
TWITTER SPD\_LTSH  
FACEBOOK SPD.Landtagsfraktion.SH



**Dr. Kai Dolgner**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Sprecher für Kommunalpolitik

TELEFON +49 431 988 13 39  
E-MAIL [k.dolgner@spd.ltsh.de](mailto:k.dolgner@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Rendsburg



**Kirsten Eickhoff-Weber**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Vizepräsidentin des Landtages

TELEFON +49 431 988 13 25  
E-MAIL [k.eickhoff-weber@spd.ltsh.de](mailto:k.eickhoff-weber@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Neumünster



**Bernd Heinemann**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Sprecher für Gesundheitspolitik

TELEFON +49 431 988 13 43  
E-MAIL [b.heinemann@spd.ltsh.de](mailto:b.heinemann@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Kiel-Ost



**Wolfgang Baasch**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Vorsitzender des Europaaus-  
schusses

TELEFON +49 431 988 13 58  
E-MAIL [w.baasch@spd.ltsh.de](mailto:w.baasch@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Lübeck-Süd



**Prof. Dr. Heiner Dunkel**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Sprecher für Hochschulpolitik

TELEFON +49 431 988 13 56  
E-MAIL [h.dunkel@spd.ltsh.de](mailto:h.dunkel@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Flensburg



**Martin Habersaat**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Stellvertretender Fraktionsvor-  
sitzender

TELEFON +49 431 988 13 40  
E-MAIL [m.habersaat@spd.ltsh.de](mailto:m.habersaat@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Stormarn-Süd



**Birgit Herdejürgen**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Parlamentarische Geschäfts-  
führerin

TELEFON +49 431 988 13 03  
E-MAIL [b.herdejuegen@spd.ltsh.de](mailto:b.herdejuegen@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Steinburg-Ost



**Thomas Hölck**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Sprecher für Wirtschaftspolitik

TELEFON +49 431 988 13 46  
E-MAIL [t.hoelck@spd.ltsh.de](mailto:t.hoelck@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Pinneberg-Elbmarschen



**Serpil Midyatli**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Stellvertretende Fraktionsvor-  
sitzende

TELEFON +49 431 988 13 44  
E-MAIL [s.midyatli@spd.ltsh.de](mailto:s.midyatli@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Eckernförde



**Tobias von Pein**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Sprecher für politische Bildung

TELEFON +49 431 988 13 38  
E-MAIL [t.vonpein@spd.ltsh.de](mailto:t.vonpein@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Stormarn-Mitte



**Beate Raudies**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Sprecherin für Haushalt und  
Finanzen

TELEFON +49 431 988 13 23  
E-MAIL [b.raudies@spd.ltsh.de](mailto:b.raudies@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Elmshorn



**Kerstin Metzner**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Sprecherin für Küstenschutz-  
politik

TELEFON +49 431 988 13 62  
E-MAIL [k.metzner@spd.ltsh.de](mailto:k.metzner@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Lübeck-West



**Birte Pauls**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Stellvertretende Fraktionsvorsit-  
zende

TELEFON +49 431 988 13 45  
E-MAIL [b.pauls@spd.ltsh.de](mailto:b.pauls@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Schleswig



**Regina Poersch**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Sprecherin für Europapolitik

TELEFON +49 431 988 13 15  
E-MAIL [r.poersch@spd.ltsh.de](mailto:r.poersch@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Plön-Ostholstein



**Sandra Redmann**  
Mitglied im Schleswig-Holsteinischen  
Landtag, Sprecherin für Umweltpolitik

TELEFON +49 431 988 13 27  
E-MAIL [s.redmann@spd.ltsh.de](mailto:s.redmann@spd.ltsh.de)  
WAHLKREIS Ostholstein-Süd





**Thomas Rother**

Mitglied im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Vorsitzender des Finanzausschusses

TELEFON +49 431 988 13 42  
E-MAIL t.rother@spd.ltsh.de  
WAHLKREIS Lübeck-Ost



**Dr. Ralf Stegner**

Mitglied im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Fraktionsvorsitzender

TELEFON +49 431 988 13 00  
E-MAIL r.stegner@spd.ltsh.de  
WAHLKREIS Rendsburg-Ost



**Özlem Ünsal**

Mitglied im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Sprecherin für Wohnungsbau

TELEFON +49 431 988 13 52  
E-MAIL o.uensal@spd.ltsh.de  
WAHLKREIS Kiel-West



**Kai Vogel**

Mitglied im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Sprecher für Schulpolitik

TELEFON +49 431 988 13 29  
E-MAIL k.vogel@spd.ltsh.de  
WAHLKREIS Pinneberg



**Kathrin Wagner-Bockey**

Mitglied im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Sprecherin für Polizeipolitik

TELEFON +49 431 988 13 65  
E-MAIL k.wagner-bockey@spd.ltsh.de  
WAHLKREIS Lauenburg-Süd



**Stefan Weber**

Mitglied im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Sprecher für Justizpolitik

TELEFON +49 431 988 13 68  
E-MAIL s.weber@spd.ltsh.de  
WAHLKREIS Segeberg-West

**Geschäftsstelle**

Mathias Rekasch  
Geschäftsführer

TELEFON +49 431 988 13 12  
E-MAIL m.rekasch@spd.ltsh.de

**Pressestelle**

Heimo Zwischenberger  
Pressesprecher

TELEFON +49 431 988 13 27  
E-MAIL h.zwischenberger@spd.ltsh.de



**SPD-Landtagsfraktion  
Schleswig-Holsstein**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel  
+49 431 988 13 12  
+49 431 988 13 13  
www.spd-fraktion-sh.de  
info@spd.ltsh.de  
@SPD\_LTSH  
fb.com/SPD.Landtagsfraktion.SH

**V.i.S.d.P.:**  
Heimo Zwischenberger

**Druckerei  
Schmidt & Klaunig e.K.**

im Medienhaus Kiel  
Ringstraße 19  
24114 Kiel  
www.schmidt-klaunig.de

**Gestaltung  
Squirrel&Nuts GmbH**

Bismarckstraße 50  
50672 Köln  
0221 5 69 65 70  
www.squirrelandnuts.de



